

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Postzettelpräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großherzoglich bestimme Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbst-abholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72206 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10 geplatzt. Kolonialzeile 35 Pf., bei Platavorrichtung 40 Pf.
Stellenangebote 10 geplatzt. Kolonialzeile 25 Pf. Familienanmeldungen von Privatleuten
die 10 geplatzt. Kolonialzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.;
die 10 geplatzt. Kolonialzeile 40 Pf. bei Platavorrichtung 50 Pf. Reklamezeile 25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Große Eisenbahnkatastrophe in Bayern

22 Tote, 7 Schwerverletzte

WTB Nürnberg, 10. Juni.

Heute früh 2.20 Uhr ist der Schnellzug München—Frankfurt D. 47 bei der Aussahrt aus dem Bahnhof Siegelsdorf entgleist. 13 Personen kamen dabei ums Leben, 6 Personen wurden schwer, 20 leicht verletzt. Von den Schwerverletzten sind zwei im Krankenhaus in Fürth in Bayern gestorben. Der doppelstufige Betrieb Altenberg—Würzburg wird voraussichtlich bis 16 Uhr gestört sein. Der eingleisige Betrieb wird um 10 Uhr wieder aufgenommen. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.

WTB Nürnberg, 10. Juni.

Die Zahl der Toten bei dem Eisenbahnunglück bei Siegelsdorf hat sich bis 19 Uhr von 15 auf 22 erhöht. Sieben sind schwer verletzt, darunter einer lebensgefährlich. Die Zahl der Leichtverletzten beträgt elf; davon konnten zwei bereits aus dem Krankenhaus entlassen werden. Unter den Toten befinden sich sieben Eisenbahnbedienste, unter den Schwerverletzten fünf. Die hohe Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Eisenbahnbeamten erklärt sich daraus, daß diese an einem Stellwechselkursus in München teilgenommen hatten und sich auf der Heimreise befanden. Unter den Toten befinden sich auch mehrere Ehefrauen von Eisenbahnbeamten.

Ein Bild schrecklicher Verwüstung

WTB Nürnberg, 10. Juni.

Das Eisenbahnunglück bei Siegelsdorf ereignete sich bei der Aussahrt nach Hagenbach kurz vor einer Weiche bei einer Geschwindigkeit von etwa 80 Kilometern. Wie ein Augenzeuge berichtet, waren das krachende Geräusch bei der Entgleisung und das Stöhnen der Verletzten furchtbar anzuhören. Die Unfallstelle bietet ein Bild schrecklicher Verwüstung.

Auf dem Bahnhörper steht noch ein Packwagen, der etwa 80 Meter in der Richtung nach Würzburg weitergerollt ist. Der zweite Packwagen legte sich auf der Böschung auf die Seite, ebenso der erste Personenwagen. Der vierte Wagen wurde die Böschung hinunter und auf die Lokomotive geworfen, die sich bei dem Aufsprall in die Höhe stellte und die etwa zehn Meter hohe Böschung hinunterstürzte. Das vordere Dreieckgestell der Maschine blieb auf dem Bahnhörper stehen.

Der fünfte Personenwagen wurde auf den vierten Wagen geworfen, den er zerdrückte. Der letzte Wagen liegt ebenfalls auf der hohen Böschung.

Die meisten Toten und Schwerverletzten befanden sich in dem vierten Wagen, in dem der Dampf der Lokomotive hineinströmte, so daß die Insassen des Wagens verbrüht wurden. Das Fleisch hing den Toten und teilweise auch Schwerverletzten von Händen und Gesicht. Ein Mann war mit dem Kopf zwischen die Tür eines Wagens eingeklemmt worden und konnte erst nach 2½ Stunden befreit werden. Gegen 8 Uhr wurde noch eine Frau aus den Trümmern geborgen. Bald nach dem Unfall waren Hilfs- und Rettungsgruppen in Würzburg und Altenberg angefordert worden, die nach etwa 20 Minuten ausfahren konnten. In der Unfallstelle waren genügend Arbeiter, um den Verletzten die erste Hilfe zuteil werden zu lassen. Die Schwerverletzten und Leichtverletzten wurden in die Krankenhäuser nach Altenberg und Fürth verbracht.

WTB Nürnberg, 10. Juni.
Zu dem Eisenbahnunglück bei Siegelsdorf hören wir weiter, daß der aus zehn Wagen, einem Postwagen und zwei Schlafwagen bestehende D 47 die Station Siegelsdorf passierte, ohne daß der Stationsvorsteher bemerkte könne, daß etwas nicht in Ordnung gewesen wäre. Die Signale waren vorschriftsmäßig bedient, ebenso das etwa 250 Meter entfernte Stellwerk. Als der D-Zug an dem Stellwerk vorbeigebraucht war, hörte man dort ein heftiges Geräusch. Der Stellwerkswärter sah noch, wie die Lokomotive umfiel und die Böschung hinabstürzte. Das auf dem Bahndamm stehengebliebene Dreieckgestell der Maschine hatte sich fast einen Meter tief in die Erde gewühlt. Am meisten haben die mittleren Wagen gesitten. Drei der sieben entgleisten Wagen schoben sich ineinander und stürzten zur Seite. Bahnkörper und Gleise wurden völlig demoliert. Die Szenen, die sich am Zuge abspielten, waren herzerbrechend. Von den Verletzten hatten die meisten die Selbstbeherrschung verloren, und nur wenige eilten den Verunglückten sofort zu Hilfe. Ein Bahnarbeiter erzählte, er habe aus einem der Wagen nur drei Kinder befreien können.

Die Aufräumungsarbeiten konnten bis zum späten Nachmittag noch nicht beendet werden.

Die Ursache des Unglücks

Zu einer Blättermeldung teilt die Reichsbahndirektion Nürnberg mit: Die Möglichkeit eines Attentats bei der Eisenbahnkatastrophe von Siegelsdorf kann bestehen, aber ein Beweis dafür ist nicht erbracht worden. Die Ursache ist vielmehr immer noch nicht feststellbar.

Die in einzelnen Berichten gegebene Deutung, daß das Unglück auf einen Dammrutsch zurückzuführen sei, scheint sich nicht zu beweisen. Es hat vielmehr den Anschein, daß die Maschine plötzlich das vordere Räderegestell verloren hat und ins folgedessen entgleisen mußte. Darüber, wie eine solche Loslösung möglich sein könnte, wird in erster Linie Auseinandersetzung gefordert werden müssen.

Der Berliner Kongress

Zu seinem fünfzigsten Jahrestag

Von Hermann Wendel.

Wer zurückgehend nach den großen Verkümmern der Geschichte spürt, die in ihren Folgen zu der schauerlichen Katastrophe von 1914 führten, steht unfehlbar nicht auf den Frankfurter Frieden, sondern auch auf den Berliner Kongress. In der Tat ist diese Tagung, die vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 den Tanzsaal des Radziwillischen Palais füllte, eine der wesentlichen Quellen des Weltkrieges. Selten auch hat ein historisches Ereignis so gegenwärtiges Wort von dem Mindestmaß Weisheit, mit dem die Welt regiert werde, bestätigt wie diese Versammlung, die unter dem Botsch Bismarck alle großen Kanonen der europäischen Diplomatie, Israeli und Salisburys für England, Gottschakow und Schwallow für Russland, Andrássy und Haymerle für Österreich-Ungarn, Gladstone für Frankreich und Cotti für Italien, umfaßte und doch als Kreopag von Flickschustern und Kurpfuschern in der Erinnerung weiterlebt.

Die Verzweiflung der slawischen Christen in Bosnien, Herzegowina und Bulgarien, die nicht länger das niederrückende osmanische Joch zu schließen vermochten, war 1875 und 1876 in großen Aufständen ausgebrochen, deren grausamer Erstickung Serbien und Montenegro nicht untätig zuschauen konnten. Dem unglücklichen Waffengang der kleinen Staaten gegen die Porte folgte 1877 der Krieg Russlands und Anfang 1878 die Friedensnobilitierung der niedergezwungenen Türkei. Da aber andere Mächte dagegen aufstanden, daß der Zar sein Verhältnis zum Sultan einseitig durch den Frieden von San Stefano ordne, schien die Konferenz der Großen der gegebene Ausweg. Wieder einmal lag die Lösung der Orientfrage in den Händen Europas.

Dass sich die Türken vor einem halben Jahrtausend „wie eine Schuttlawine“ über den Südosten unseres Erdeiles gewälzt hatten und seitdem in ihrem barbarischen und entzündungsfeindlichen Wesen unverändert geblieben waren, während die unterworfenen Christenvölker immer heftiger gegen die Vergewaltigung und Ausbeutung durch die osmanischen Herren aufzubegehren, war der Kern der Orientfrage. Sie fanden nur eine wahre Lösung: die Abdängung der Türken nach Asien — „für ein Volk von Rittern und Rentenverzehrern“, schrieb Treitschke mit Recht, „ist in Europa keine Stätte mehr“ — und die staatliche Wiedergeburt der Balkannationen. Ein unabhängiges Rumänien und ein freies Griechenland innerhalb ihrer nationalen Grenzen neben einem großen südslawischen Staat vom bosnischen Bilätsch bis Adrianopel, alle drei zu einem festen Balkanbund zusammengeschlossen, — es gab kein besseres, kein natürlicheres Mittel, das Feuer unter dem „Hexenkessel Europa“ zu verlöschen. Auch erreichbar war dieses Ziel, wenn jemals, so 1878, denn der moralische Druck der Großmächte genügte vollauf, die Porte zu Verzicht auf ihre ohnehin dreiviertels verlorenen europäischen Besitzungen zu bewegen, ganz zu schweigen von den russischen Bataillonen, die eine Wegstunde von Konstantinopel ihre Gewehre zusammengelegt, von den britischen Panzerschiffen, die im Bosporus Ankunft geworfen hatten.

Aber wenn etwas den Exzellenzen des Berliner Kongresses in tieffester Seele gleichgültig war, so das Schicksal der armen, kleinen Völker, deren Wohl und Wehe vom Ausgang der Beratungen abhing. „Die Leute da unten?“ Bismarck zuckte verzückt die Achseln, und auch die anderen bemühten sich gar nicht zu verstehen, wie blutwenig ihnen an Serben, Bulgaren, Griechen, Rumänen lag. Die Unwissenheit in Balkanländern feierte denn in diesem erlauchten Diplomatenkreis ihre Orgien, übersegelt nur von der geprägten Selbstsucht der Großen. Im Frieden von San Stefano hatte Russland ein weiträumiges Großbulgarien geschaffen, das als gewaltiges Bollwerk des eroberungslusternen Zarismus vor den Toren Konstantinopels gedacht war. Auf dem Kongreß mußte Petersburg statt dessen ein Kleinbulgarien zugestehen, aber da auch dieser neue Staat nur ein Expeller russischer Macht auf dem Balkan sein sollte, suchten die Gortschalow und Schwallow ihrem Schützling so viel als möglich zuzuschanden; um die Balkangrenze für Bulgarien und die Hochebene um Sofia war der Zarismus sogar geneigt, dem Kongreß den Rücken zu kehren und ans Schwert zu appellieren.

Als Gegenspieler Russlands trat England auf, das seine Flotte gefechtsbereit in den Bosporus entsandt hatte, als die russischen Kolonnen sich Konstantinopel näherten. Zwar war die unbedingte Erhaltung des osmanischen Reichs kein Hauptstück im kleinen Katechismus der britischen auswärtigen Politik mehr, aber auch in London lag die Kriegsbeste auf der Lauer, falls Russland durch sein Vordringen die Etappenstraße von England über Ägypten nach der wichtigsten Kronkolonie Indien bedrohen sollte. Nebenbei steckte Großbritannien noch sozusagen mit der linken Hand Zypern ein, und auch die Zerstörung des Dreikaisers

Polizei im Parlament

SPD Berlin, 9. Juni.

In der Skulptchina haben sich am Sonnabend große Vorräte gesammelt. Acht oppositionelle Abgeordnete, die am Freitag ausgeschlossen worden waren, erhielten trotzdem im Hause. Die Opposition obstruierte durch fortgesetzte Anträge an den Präsidenten und durch endlose Anträge auf Abstimmung. Zwei Stunden vergingen, ehe der Präsident mit der Tagesordnung beginnen konnte. Von den acht ausgeschlossenen Abgeordneten hatten inzwischen vier den Sitzungssaal wieder verlassen. Die anderen wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen, ohne dem Folge zu leisten. Schließlich wurde der Kommissar der Parlamentspolizei beauftragt, einzutreten. Es erschienen erst zwei, dann weitere sieben Polizisten im Saale. Die oppositionellen Abgeordneten umringten ihre ausgeschlossenen Kollegen und versuchten die Polizisten ohne Erfolg abzuwehren. Die vier Abgeordneten wurden förmlich hinausgeschleppt. Die Opposition standerte dazu, trommelte auf die Türe und rief: „Kieder mit der Regierung!“ Als später die Sitzung fortgesetzt werden sollte, wurde der Präsident mit ohrenbetäubendem Lärm und dem Gesang der Nationalhymne empfangen. Die Opposition forderte gleichzeitig den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung.

Die Anklage gegen Bela Kun

SPD Berlin, 11. Juni. (Radio)

Die österreichische Staatsanwaltschaft hat gegen den seit mehreren Wochen in Wien in Haft stehenden Kommunisten Bela Kun Anklage wegen Vergehens der Geheimbündelei, der Verbindung mit auswärtigen geheimen Gesellschaften, der Falschmeldung und der verbotenen Rücksicht erhoben.

Ruba ratifiziert

SPD Genf, 9. Juni.

Der kubanische Regierungsvertreter teilte auf der Arbeitskonferenz mit, daß sein Parlament in diesen Tagen die internationale Arbeitskonvention ratifiziert habe. Darunter befindet sich auch das Nichtstundentagabkommen.

Drei Rumpels verschüttet

SPD Berlin, 11. Juni (Radio).

Auf der Zeche Westfalen sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag drei Bergleute verschüttet worden. Es handelt sich um verheiratete Männer, die sämtlich als tot betrachtet werden müssen. Die Bergung der Opfer steht auf größte Schwierigkeiten. Das Unglück dürfte durch plötzliche Erschütterungen des Gebirges hervorgerufen worden sein.

Verkehrsunfall in Berlin

SPD Berlin, 11. Juni (Radio).

In der Nähe des Bahnhofs Berlin-Köpenick stieß am Sonntag ein Wagen der Straßenbahn mit einem Autolastzug der Kommunisten zusammen. Zehn Personen wurden dabei verletzt. Vier Kommunisten erlitten so schwere Verletzungen, daß sie im Krankenhaus aufgenommen werden mußten. Die Ursache des Unglücks ist noch ungeklärt.

Vorbereiter Bombenanschlag Das Glück des Generalgouverneurs von Korea

WTB Tokio, 9. Juni.

Die koreanische Polizei verhaftete einen jungen Mann, der eingestanden, eine Bombe auf die Eisenbahnbrücke über den Yalu gelegt zu haben und zwar kurz bevor ein Zug, in dem sich der Generalgouverneur von Korea, General Yamamoto, befand, die Brücke passieren sollte. Die Bombe war rechtzeitig entdeckt worden. Es wurde noch eine zweite Person unter dem Verdacht verhaftet, an dem Komplott beteiligt zu sein.

bündnisses zwischen Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn gehörte zu den heimlichen Zielen der britischen Staatskunst in Berlin.

Wie die Hände auf der Fährte der großen Raubtiere einhergleicht, gefallenes Wild zu erbeuten, so dachte Österreich-Ungarn, das weder wie Russland Krieg geführt hatte, noch wie England Krieg zu führen entschlossen war, aus den Balkanwirken seinen Gewinn herauszuholen. Da sich das Haus Habsburg jetzt genau so als grimmigen Feind der slawischen Einheit gebärdete, wie es eben erst der nationalen Einigung der Deutschen und Italiener Stelle in den Weg gewalzt hatte, ging der Ballplatz nicht nur darauf aus, Serbien möglichst klein und gedrückt zu halten und von Montenegro durch eine Barre zu trennen, sondern er machte auch nach Bosnien und Herzegowina lange Finger, die der Zar, der „Beschützer aller Slawen“, im Vertrag zu Reichstadt zwei Jahre zuvor gleichmäßig preisgegeben hatte. Die Okkupation dieser beiden Provinzen aber galt Andraß nur als Kilometerstein an dem Wege, der nach Saloniki führte und die ganze westliche Hälfte der Balkanhalbinsel Österreich-Ungarns Einfuß unterwarf.

Bismarck endlich, der sich als „ehrlicher Mässer“ zwischen widerstreitenden Interessen ausspielte, hatte Russland zu dem Krieg gegen die Türkei gestachelt, um dem moskowitischen Tatendrang einen Abschluß zu verschaffen, und auch sein Ja und Nein zur Eroberung Konstantinopels war zu haben, aber da Petersburg es ablehnte, als Preis dafür Deutschland den Besitz Elsaß-Lothringens zu verbürgen, suchte der Kaiser, um das gute Einvernehmen unter den drei konservativen Kaiserhäusern zu bewahren, auch Österreich-Ungarn gefällig zu sein; er hatte der Donaumonarchie ja, als er ihr 1866 die deutsche Tür vor der Nase zuschlug, die Richtung nach Süden gewiesen. Nicht zuletzt dachte er durch den Kongress Macht und Ansehen der Hohenzollern zu steigern; als die Beschlüsse der Tagung Schwarz auf weiß vorlagen, triumphierte er: „Zehn Jahre ich Europa vierlang vom Bod.“

Das Werk dieser vier Wochen war um kein Deut besser, als wäre es in den drei Tagen zurechtgepuscht worden, mit denen, bestrebt, der Schwule Berlins in die Sommerfrische seines Landes zu entweichen, Bismarck als Kongreßbauer ursprünglich rechnete. Dass der Türkei wider ihr Erwarten ausgedehnte Streifen europäischen Bodens verblieben, machte Mazedonien für Jahrzehnte zur höchsten Unruhen- und Gefahrenquelle. Den ergreimten Rumänen wurde zum Dank für ihre dem Zaren geleistete Waffenhilfe Besarabien zugunsten Russlands entzündet. Die Griechen sahen weiterhin grossend Massen ihrer Volksgenossen unter der Herrschaft des Halbmondes. Die Serbenkroaten in Bosnien-Herzegowina, die ihre Verknüpfung mit Serbien stürmisch gehetzt hatten, wachten als Untertanen des Hauses Habsburg auf, und die Südländer außerhalb der Donaumonarchie wurden, statt unter einem Dach vereinigt zu werden, in fünf Staatenföderationen, Serbien, Montenegro, Bulgarien, Ostrumeliens und Türkei gesperrt. Da überdies fortan, als handle es sich statt um Europa um Afrika oder Asien, der Ostbalkan mit Bulgarien als russisches, der Westbalkan mit Serbien als österreichisches Einfußgebiet galt, wurde das balkanische Elend durch die europäische Diplomatie nicht nur verewigzt, sondern auch gesteigert.

Über da nach einem Wort Bismarcks die geschichtliche Logik in ihren Revisionen noch genauer ist als die preußische Überzeugungskammer, so war die zu Papier gebrachte Weisheit des Berliner Kongresses kein Urteil letzter Instanz. Nur daß in Aufständen sonder Zahl, in den Balkankriegen von 1912 und 1913 und im Weltkrieg für jeden Tropfen Tinte, der in die vierundsechzig Paragraphen des Berliner Vertrags geflossen war, das Blutsache an Menschenblut hinströmten mußte.

Kommunistische Mordherrschaft Zur Ermordung des Reichsbannermannes Tiedemann

SPD Hamburg, 10. Juni.

Die hintergründige der schrecklichen Mordtat an dem Reichsbannermann Tiedemann, die sich drei Tage vor der Wahl in Hamburg ereignete, werden allmählich immer klarer. Die Kommunisten haben zwar dreist und hartnäckig jeden Zusammenhang zwischen den Mörtern und dem Roten Frontkämpferbund abgeleugnet. Nach den bisherigen Wahrnehmungen und amtlichen Feststellungen kann jedoch kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, wo der Mörder und seine intellektuellen Hintermänner zu suchen sind. Bald nach der Mordtat erhielt u. a. die unglaubliche Mutter des erschossenen Tiedemann eine anonyme Postkarte mit folgenden häbischen Worten: „Also Gott selbst im Himmel hat gerichtet. Ich freue mich immer, daß doch ein jeder seine Strafe kriegt.“ Weiter wurde auf dieser Karte darauf hingewiesen, daß Frau Tiedemann im Anschluß an den kommunistischen Oktoberputz unter dem Zwang des Eides wahrheitsgemäß auslagen mußte, daß zwei Kommunisten mit der Waffe in der Hand sich an diesem Verbrechen beteiligten. Mit dieser eidlichen Aussage wurde auch der Tormordate in Verbindung gebracht und gefasst, daß er jetzt endlich seine Strafe bekommen habe. In Frau Tiedemann gerichtet, erklärte der anonymous Schreiber, daß auch sie noch ihre Strafe bekommen werde. Ebenso wie zur Frage des Mörders erklärt die kommunistische Volkszeitung schnell, der Briefschreiber werde wohl aus den Reihen des Reichsbanners selbst stammen. Nunmehr stellt sich heraus, daß die Volkszeitung bereits vor einigen Jahren, und zwar am 25. April 1924, in öffentlicher Aufforderung ihre Forderung auf den nun ermordeten Tiedemann gehegt hat. Diese Aufforderung hat folgenden Wortlaut:

„Arbeiter! Merkt auch den Lumpen! In dem Prozeß gegen den Arbeiterkrüppel, welcher zu zwei Jahren Festung durch die Oktoberjustiz verurteilt wurde, ist ein gewisser Tiedemann, Barnstedt, Zeisigstraße 20, IV, als Hauptbelastungszeuge und als Denunziant übelster Sorte aufgetreten. Er war Pörtner in der Lederfabrik Gehrts, Wandsbek. Arbeiter, behalte diesen Schuft im Auge!“

In dieser Aufforderung mit voller Namennennung und Adressangabe ist zweifellos eine Aufführung zu der jahrvorbrachten Mordtat zu erkennen. Im übrigen hat der Hamburger Senat auch in einer Antwort auf eine dreiste kommunistische Anfrage bestätigt, daß nach dem Ergebnis der gerichtsärztlichen Untersuchung der Erstherrone von einem erhöhten Standpunkt aus und von vorn den tödlichen Schuß erhalten hat. An der Schulden der Roten Frontkämpfer ist nicht mehr zu zweifeln.

*
SPD Berlin, 11. Juli (Radio).

Um Sonnabend kam es in Ullenstein zu Zusammenstößen zwischen einigen Hornisten des Reichsbanners und Mitgliedern der schwarzen Roten „Ullenstein-Viertelfasch“. Die Hornisten sahen sich bedroht und riefen um Hilfe, so daß mehrere Angehörige des Reichsbanners herbeiliefen. Es entstand ein Handgemenge, in dessen Verlauf auch Schüsse gefallen sein sollen. Verletzungen waren auf beiden Seiten zu verzeichnen.

Otto Brauns Regierungserklärung

Bartels wieder Präsident — Ein Kommunist 3. Vizepräsident

Der Verteidigungsamt des preußischen Landtages hat am Sonnabend beschlossen, zur Strafe für die Übertretung der Kommunisten auf den Abgeordneten Ponfeld den kommunistischen Abgeordneten Göhlke auf acht Sitzungstage auszuschließen. Die Kommunisten nahmen die Mitteilung über den Beschluss mit stürmischen Psiui-Ausen auf. Sonst verließ die Sonnabend-Sitzung des Landtages ruhig und ordnungsgemäß. Die gelegentlichen Zwischenrufe der Kommunisten und Nationalsozialisten: „Nieder mit der Koalition!“ und „Niederkreis für Adolf Hitler!“ verstummten sofort, als es anstandshalber nur irgend ginge.

Der Landtag wählte zu seinem Präsidenten den sozialdemokratischen Abgeordneten Friedrich Bartels wieder, der mit seiner Hand die Geschäftsführung ergriff und den Herren vor der äufersten Linken und Rechten energisch klarmachte, daß das Parlament nur der Boden für geistige Kämpfe und kein Boxring ist. Zum erstenmal stimmten auch die Rechtsparteien für den sozialdemokratischen Präsidenten-Vorschlag. Die Wahl hätte einsinnig durch Zuruf erfolgen können, wenn nicht die Nationalsozialisten mit dem Verlangen nach Zettelwahl das Haus eine Stunde aufgehoben hätten. Durch Zuruf wurden die beiden Vizepräsidenten, Dr. von Kries (Din.) und Dr. Borch (Bz.), wieder gewählt, und erst beim dritten Zugeständnissen wurde wieder Zettelwahl verlangt. Trotzdem die Kommunisten den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion auf den Präsidentenplatz nicht anerkannten, sondern für ihren Oberlein gestimmt hatten, bleibt die Sozialdemokratie davon fest, daß das Präsidium nach der Stärke der Fraktionen zu bestimmen. Da die Kommunisten im Verteidigungsamt die Erfahrung abgegeben haben, daß ihr Vizepräsident sich treu an die Geschäftsordnung hält,

werde, wurde der Kommunist Schenck zum dritten Vizepräsidenten gewählt. Er erhält allerdings nur 181 Stimmen von den Kommunisten und den Koalitionsparteien. 182 Stimmen erhielten der Rechte und der Koalitionsparteien waren unbeschränkt.

Nach der Wahl des Präsidiums verlas Ministerpräsident Dr. Otto Braun

die Regierungserklärung,

die seinerlei Überraschungen brachte. Sie betont, daß der Wille der Wähler die bisherige Regierungspolitik gebilligt habe und daß sie deshalb unbefriedigt und unverändert fortgesetzt werden müsse. Der Sinn dieser Regierungspolitik sei die soziale und kulturelle Fürsorge für die breiten Massen und in der Verwaltung die rechts Durchsetzung des republikanischen Prinzips in allen Zweigen der Staatsverwaltung. Wiederholte Braun mit besonderem Nachdruck, daß Preußen den bisherigen Kurs konsequent fortführen wird. Er fügte hinzu, daß, wenn außer den bisherigen Regierungsparteien andere Parteien, die sich politisch zur Republik bezeichnen, gewillt seien, an der Festigung und dem Ausbau des Staates sozial mitzuwirken, die Staatsregierung zu gegebener Zeit Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungsbasis nicht ablehnen werde. Aber der Wille der Wähler habe entschieden, daß die bewährte preußische Staatspolitik der letzten Jahre fortgesetzt werden müsse, weil in ihr die Gewähr für eine bessere Zukunft Deutschlands liege.

Die Regierungserklärung wurde von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Debatte über die Regierungserklärung beginnt am Montag mittag. Sie wird voraussichtlich eingeleitet von einer gemeinsamen Erklärung der drei Regierungsparteien, daß sie die von Otto Braun verlesene Regierungserklärung vollinhaltlich billigen.

Die Forderungen der anderen

Morgen soll Genosse Hermann Müller vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Bildung einer Regierung erhalten. Im Vorwärts wird am Sonntag ausgesprochen, daß es „ein Geheimnis sei, daß Hermann Müller versuchen will, eine Regierung der großen Koalition zu stanzen zu bringen“. Es sprichten dafür zwei Umstände. Der eine, daß diese Regierung eine breite, sichere Mehrheit hätte, und der zweite, gerade die beiden volksparteilichen Minister des alten Kabinetts hätten der sozialdemokratischen Opposition am offiziellsten Gelegenheit zu Angriffen gegeben. Das klingt für einen Sozialdemokraten sonderbar, recht sonderbar! Denn Dr. Stresemann, der Außenminister, und Dr. Curtius, der Wirtschaftsminister des Bürgerblocks, vertreten eine Partei, hinter der neben andern industriellen Schichten als mächtigste Schicht die Schwerindustrie steht. Und von beiden muß man sagen, daß sie beide, der eine auf außenpolitischen Gebiet und der andre auf wirtschaftlichem Gebiete, die Interessen ihrer Klasse unbedingt und mit sehr viel Nachdruck vertreten haben. Stresemann gab sich zwar oft als „Verständigungspolitiker“ und als der Vollsieder der Erfüllungspolitik, aber nichtsdestoweniger steuerte er einen Kurs, der Deutschland eine führende Rolle in den machtpolitischen Kämpfen zuwenden will und der zur Erreichung dieses Ziels auch den Krieg in seine politischen Berechnungen einbezog. Die Tätigkeit des Wirtschaftsministers Curtius steht allerdings nicht in so starkem Maße unter der Kontrolle der Öffentlichkeit, aber auch der Vorwärts wird wohl nichts davon gehört haben, daß unter Curtius' Amtsleitung der Diktatur der Monopole, Kartelle und Trusts auch nur ein wenig Einhalt getan oder der Durchsetzung der agrarischen Profitinteressen Widerstand geleistet worden ist. Noch die leichte Kohlenpreishöhung hat den Beweis erbracht, daß Curtius bei der Jagd nach höheren Profiten den Kapitalisten ein willkürlicher Treiber ist.

Die Parteien, deren Mitwirkung bei dem Zustandekommen der großen Koalition nötig ist, beginnen sich immer konkreter über ihre Bedingungen auszusprechen. Die Deutsche Volkspartei hat gestern für Sachsen einen Landesvertretertag abgehalten, der ihrer Partei für die Regierungsbildungen die folgende Entscheidung mit auf den Weg gegeben hat:

„Für die Haltung der Deutschen Volkspartei zur Frage der Regierungsbildung wird und muß die Wahnehmung und Beibehaltung der nationalen und bürgerlichen Ideale und Interessen entscheidend sein. Der sächsische Landesvertretertag der Deutschen Volkspartei stellt deshalb folgende Hauptfordellungen auf, um deren Berücksichtigung er die neue Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bittet: Fortsetzung der Bemühungen für Reform der Verfassung und Vereinfachung der Verwaltung mit dem Ziele der Erleichterung der öffentlichen Lasten, der Sicherung der Rechte des Verbrauchers und Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des deutschen Richters; keine Änderung an der inneren Organisation der deutschen Reichswehr; einheitliche Führung der gesamten Wirtschaftspolitik mit folgenden Zielen: Einschränkung der Belästigung der öffentlichen Hand, Belebung der Wohnungswirtschaft durch Beliebung der privaten Bauaktivität und Abbau der Zwangsmitwirtschaft; Sanierung der Landwirtschaft als wichtigste Grundlage der nationalen Produktion, Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung, Einführung des dreijährigen Durchschnitts bei der Steuererhebung und Senkung der Realsteuern; beschleunigter Erfolg eines Rentenversorgungsgelehrtes, Sicherung des verfassungsmäßigen Elternrechtes auf die evangelische Volksschule.“

Diese konkreten Forderungen stehen denen, die die Sozialdemokratie zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft erheben muß, schroff gegenüber. Viel geringer ist allerdings der Gegensatz zwischen diesen volksparteilichen Forderungen und den Aufgaben, die der Generalsekretär des Zentrums, Dr. Sodet, seiner Partei nach den Wahlen zuweist. Zunächst trifft sich das Zentrum mit der Volkspartei in der Forderung einer großzügigen Verwaltungsreform, dann kündigt der Generalsekretär die reaktionären Absichten einer Wahlrechtsreform an.

Kulturpolitisch halte das Zentrum an seinem Standpunkt in der Schulfrage, in der Theologie und in der sozialen Gestaltung des Bildungswesens fest. Wirtschaftspolitisch wolle das Zentrum eine positive Mitwirkung in folgenden Fragen: bei der organischen Ordnung der deutschen Wirtschaft, bei der gleichmäßigen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, wobei der Frage der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft besondere Bedeutung beigemessen werde, ferner bei der wirtschaftlichen Entwicklung weiterer Notstandsgesetze.

Die Neuerungen aus diesen beiden Parteien gelgen, mit welchen Forderungen und Zielen Volkspartei und Zentrum bereit sind, die Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Beauftragten den Parteien ihre Forderungen unterbreiten und ihnen keinen Zweifel darüber lassen wird, daß für sie eine Koalitionspolitik, die der Arbeiterschaft keine Erleichterung aus ihrer Notlage bringen soll, nicht in Betracht kommt.

Rücktritt Chiangkaisches

WTB Shanghai, 10. Juni (Reuter).

Die Schwierigkeiten, in die das diplomatische Corps durch die Haltung Fengs geraten ist, werden noch vermehrt durch den Rücktritt des Generals Chiangkaische. Die offizielle Begründung des Rücktritts des Oberbefehlshabers ist, daß das Ziel der Nationalisten, Peking, erreicht sei, und daß er deshalb seine Aufgabe beendet habe. Tatsächlich aber ist Chiangkaische entmachtigt über die Intrigen und über den Kampf um die Macht, der die südlichen Führer trennt. Sein Rücktritt läßt Fengyuhang als einzige übertragende Gestalt in China zurück. Die Tatsache, daß Fengs Anhänger, Wang, morgen in Nanking sein neues Amt als Außenminister übernehmen wird, macht es wahrscheinlich, daß der Protest des diplomatischen Corps gegen den begangenen Vertrauensbruch seinen besonderen Eindruck hervorrufen wird. Auf jeden Fall hat es aber die Nanjingregierung damit in ihrer Hand, gegen Fengyuhang einzuschreiten.

Der Einzug in Peking

WTB London, 9. Juli.

Eine von Peking verspätet eingetroffene Meldung besagt: Nachdem gestern die leichte Abteilung der nordchinesischen Truppen die Stadt durch das Dörfchen verlassen hatte, zückten Abteilungen der Südstrepen durch das Südtor ein. 6000 Mann der Südmilizen haben die Quartiere in Peking aufgeschlagen. Die Stadt ist völlig ruhig. General Sancho veröffentlichte eine Proklamation, in der er den Fremden Schutz zusagt.

Die Kämpfe

WTB Peking, 10. Juni (Reuter).

Die Streitkräfte des Generals Paoulin, die mit Zustimmung der südchinesischen Regierung in Peking zurückgehalten worden waren, um die Polizei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen, wurden bei Tungtschau, als sie von Peking nordwärts vorrückten, durch die Truppen Fengyuhangs abgeschnitten und nach Peking zurückgedrängt, wo sie entwaffnet und gefangen genommen wurden. Das diplomatische Corps, das ergebnislos mit den örtlichen Befehlshabern Feng verhandelt hat, hat jetzt einen energischen Protest bei der Nanjingregierung gegen diesen Bruch der Vereinbarung seitens der Südmilizen eingeleitet.

Keine japanischen Truppensendungen mehr

WTB London, 9. Juli.

Wie aus Tokio gemeldet wird, beschloß das japanische Kabinett, in seiner Donnerstagssitzung keine weiteren Truppen mehr aus Japan nach der Mandchurie zu entsenden. Falls weitere Truppenstärkungen dort notwendig seien, würden schon jetzt in Schantung 6 kriegstarke Bataillone zum Abtransport bereitstehen.

Chiangkaisin erneut operiert

WTB Peking, 9. Juni.

Wie aus Peking gemeldet wird, nahmen die Verbündeten am Freitag eine neue Operation an Marschall Chiangkaisin vor, wobei ihm das linke Bein abgenommen wurde. Der Sohn des Marschalls, Chiangkaisin, erklärte mit Bestimmtheit, daß sein Vater am Leben und die Krise überwunden sei. Er will sich heute noch nicht darüber äußern, wer das Unglück seines Vaters verhüdet habe. Das Geheimnis werde aber bald aufgedeckt werden.

Eine andere Meldung, ebenfalls vom 9. Juni, versichert das Gegenteil, nämlich, daß Chiangkaisin bestimmt nicht mehr am Leben sei.

Die Fraktionen in der Kammer

WTB Paris, 9. Januar.

Das Journal offiziell veröffentlicht die folgenden Angaben über die Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Gruppen: Sozialisten 100 Mitglieder, Republikaner (Richtung Thobrun) 18, Sozialrepublikaner (Richtung Biotte) 18, Radikale Linke 53, Unabhängige Linke 15, Unionistische Linke (Franklin-Bouillon) 18, Linksrepublikaner 63, Demokratisch-Demokratische Aktion (Maginot) 28, Demokraten 19, Republikanisch-Demokratische Vereinigung (Marin) 108, keiner Gruppe angehörende Abgeordnete 96.

In den im Journal veröffentlichten Listen sind nicht enthalten die beiden autonomistischen Abgeordneten Kidlin und Rossé, die bei keiner Gruppe eingeschrieben sind und ebenso die zwölf Kommunisten. Über die Gültigkeit von drei Wahlergebnissen ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Der Aufstand der Nationen

Von Joseph Benesch, Prof.

L.

Politik ist die praktische Auswertung der Soziologie. Sie ist daher eine angewandte Wissenschaft und man vermöchte wahrscheinlich manche überflüssige Niederlage zu begegnen, wenn sich jeder Politiker in seiner Zielsetzung und in seinen Methoden dieser notwendigen Wissenschaftlichkeit seines Tuns bewußt wäre, welche die Voraussetzung dauernder Erfolge ist.

Ein prägnantes Beispiel für die Wichtigkeit dieser Auffassung stellt der Außenminister der tschechoslowakischen Republik, Dr. Eduard Beneš, in seinem eben bei Paul Cassierer in deutscher Übersetzung erschienenen Werke „Der Aufstand der Nationen“ zur Diskussion. Hier handelt es sich um einen Versuch größten Stiles, um die Zerrüttung eines Jahrhunderts alten und mächtigen, wenn auch morschen Staates, um die Schaffung neuer staatlicher Gebilde. Vor dem Kriege versucht der junge Sozialist die Welt in ihren Beziehungen kennenzulernen, er bereitet die Länder und schafft sich eine eingehende Kenntnis der europäischen Lage. Er sieht die mannigfachen Konfliktschlüsse und befürchtet einen Krieg zwischen England und Deutschland. Daß Österreich und Oesterreich bei ihren innerpolitischen Verhältnissen selbst die Katastrophe herbeiführen würden, hält er nicht für möglich. Da der Weltkrieg ausbricht, analysiert Beneš das Dilemma der österreichisch-ungarischen Monarchie so, daß sie entweder durch einen verlorenen Krieg zerstört wird oder ihr Ende in einem sozialen Chaos und einer national-politischen Revolution bevorstehe. Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt einer zielbewußten vierjährigen Arbeit.

Da er sich in seiner Ansicht mit Prof. Masaryk und seinem Kreis findet, gehen sie ungestüm daran, die einzigartige Gelegenheit auszunützen. Schon im Dezember 1914 glaubt Masaryk als Ziel die Schaffung des tschechischen Staates im Rahmen der sog. „historischen Gebiete“, also Böhmen, Mähren und Schlesien umfassend, feststellen zu können; sollte auch Deutschland fallen, dann unter Einfluß der slowakischen Gebiete Ungarns, also in der heutigen Form der Tschechoslowakei.

Mit allenmächtiger Rücksicht, die jedoch in Unbetracht des gesellschaftlichen Ablaufs der dramatischen Spannung nicht entbehrt, schildert nun Beneš die einzelnen Phasen der Auslandsrevolution, welche die eigentliche Trägerin des Kampfes um die neue Staatsfähigkeit war. Unter dem Druck des österreichischen Absolutismus verläßt Masaryk bald die Heimat, Beneš ist nach verhältnismäßig kurzer Zeit gezwungen, ihm zu folgen. Die zahlreichen tschechischen Auslandskolonien in der Schweiz, in England, Frankreich, Russland und Amerika werden zu Keimzellen der Propagandaarbeit, ein ausgezeichneter Nachrichtendienst, die „Maffia“, deren Wirksamkeit schon Masaryk in seinem Buche über die „Weltrevolution“ beschreibt, vermittelt den ständigen Verkehr mit den politischen Kreisen der Heimat.

Bald ergeben sich Differenzen grundverschiedener Art, Differenzen, die auch heute noch ihre Schatten auf die tschechoslowakische Politik werfen. Während Masaryk und Beneš die Auffassung vertreten, daß nur in Anlehnung an die westliche Demokratie ein lebensfähiges Staatswesen gebildet werden kann, verfolgt Dr. Kramar, der dann späterhin von den österreichischen Gerichten wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, jedoch begnadigt wurde, den „pan-slawistischen“ Plan einer Angliederung der böhmischen Gebiete an Russland; sei es durch Personalunion mit dem Zaren, sei es durch die Schaffung eines besonderen Königreiches, unter einem zufälligen Herrscher. Die gegenseitigsten Anschauungen übertragen sich auch auf die Auslandsvereine. In Russland selbst besteht unter ihnen keine einheitliche Auffassung. Die Bewegung droht den üblichen Kinderkrankheiten der Emigration zu verfallen: Zersplitterung in eine Reihe kleiner, miteinander rivalisierender Gruppen, verschärft durch den Konkurrenzkampf verschiedener Präsidenten auf die vorläufige imaginäre Macht. Hier war es wohl die bedeutendste Leistung, trotz der Verteilung der Organisationen auf eine Reihe von Ländern, trotz der Schwierigkeiten der Verbindung untereinander, eine einheitliche Führung zu schaffen und ihr eine allgemein anerkannte Autorität zu geben, sie nicht ins Schleppen einer bestimmten politischen Gruppe oder einer Regierung bringen zu lassen (also absolute finanzielle Selbstständigkeit, die notwendigen Mittel wurden besonders in Amerika unter Landsleuten gesammelt) und darüber hinaus durch eigene Opfer (Freimilitärs, armee) den entschlossenen Befreiungswillen zu erwecken. Dieses Ziel wurde durch die Schaffung des tschechoslowakischen Nationalrates erreicht, dessen Präsident Masaryk, dessen Generalsekretär mit dem Sieg in Paris Beneš wurde.

Von den in Oesterreich verbliebenen Politikern war eine direkte Unterstützung nicht zu erwarten. Es war schon viel, als man die Gewähr zu haben glaubte, daß die Auslandsarbeit nicht desavouiert würde. Die Tätigkeit des Nationalrates besteht nun darin, auf die Politik der Entente mächtig in dem Sinne einzzuwirken, daß nur die nationale Selbstständigkeit der kleinen Nationen Mitteleuropas, damit also die Zerschlagung Oesterreich-Ungarns, eine wirkliche Lösung der europäischen Probleme bringen könne. Über die Entente hat selbst genug Sorgen, als daß sie sich mit dieser belasten möchte. Um wirkliche Kriegshasser zu gewinnen, bedarf es vieler Konzessionen. Schon 1915 wird die Welt unter die Ententestaaten verteilt: Elsaß-Lothringen soll an Frankreich fallen, in das türkische Gebiet wollen sich England, Russland und Frankreich teilen, Italien wird Dalmatien und das Trento, ebenso Triest und das Küstenland versprochen (durch einen Londoner Geheimvertrag, der dann zur Quelle der jugoslawisch-slowakischen Differenzen wird), den Serben Bosnien, die Herzegowina, Süddalmatien, vielleicht auch Kroatien, den Rumänen das Banat. Die deutschen, ungarischen, tschechischen und slowenischen Gebiete sollen das reduzierte Oesterreich-Ungarn bilden. Die Entente fürchtet Deutschland und wünscht es auch um den Preis von Sonderkonzessionen an Oesterreich zu schlagen; so wird mit dem Gedanken eines Separatfriedens mit der Monarchie ständig geliebäugelt. Man sieht selbst aus diesem Buche eines Freundes der Entente, daß der eine Kriegsteil nicht besser war wie der andere und wo es graduelle Unterschiede gab, da waren sie höchstens in der Dummheit zu suchen.

Neuerlich lehrreich ist da die Episode des Friedensangebotes der Zentralmächte im Winter 1918. Beneš schildert die Gelegenheit, welche dieses Angebot in den Kreisen der Entente hervorrief, besonders als auch Wilson seine Gesellschaft zu einer Friedensaktion erklärte. Man betrachtete das allgemein als einen diplomatischen Erfolg der Zentralmächte und hegte die schlimmsten Befürchtungen: die Taktik des deutschen Hauptquartiers vernichtete jedoch alle Sympathien, die irgendwo bestanden. Die Proklamierung eines selbständigen Polen, das heißt die Annexion Russisch-Polens und die nahezu gleichzeitige Belagerung Rumäniens und Bulgariens wirkten wie ein Haustschlag. Als sich dann die Zentralmächte trotz der Aufforderung Wilsons, ihre Kriegssiege bekanntzugeben, nur ganz allgemein auf die militärische Einleitung von Friedensverhandlungen beriefen, während die Entente ihr moralisches Mantelchen umhing und die Befreiung der unterdrückten beendete.

Schluss der 50. Ratstagung

Die Minderheitsfragen in Genf

SPD Genf, 9. Juni.

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Völkerbundes stand die Erledigung des Reizes der österreichischen Klagen und die albanische Minderheitsbeschwerde. Das Untersuchungskomitee war zu dem Beschuß gekommen, daß die Frage der Enteignung albanischer Bauern in Griechenland unbehandelt bleiben könnte, da direkte griechisch-albanische Verhandlungen schwierig und die allgemeine Beschwerde der albanischen Minderheit den normalen Instanzenweg von Minderheitsbeschwerden zu gehen habe, weil eine Konfliktgefahr zwischen Albanien und Griechenland nicht bestehe und daher der § 11 nicht anwendbar sei. Völlig anzuerkennen. Die Aufnahme nur polnisch sprechender Kinder in Minderheitsschulen entpreche nicht dem Geiste des Minderheitsrechts. Deutschland und Polen schlossen sich mit Vorbehalt dieser prinzipiellen Einstellung an. Deutschland, weil der Rat für die deutschen Einzellagen Folgerungen aus dieser Einstellung ziehe, die für die deutschen Minderheiten sehr günstig sind. Von besonderer Bedeutung ist die völlige Ignorierung der polnischen Schulaufnahmeprüfung durch den Rat, die der polnische Außenminister selbstverständlich bedauerte. Er machte dunkle Andeutungen, daß Polen auf keinen Fall die pädagogischen Notwendigkeiten durch die Ratserklärung beeinträchtigen lassen könne. Ob das eine Vorbereitung zur Sabotage der Ratssätze ist, muß die Zukunft lehren.

Auslegungskünsten ab und betonte, daß der Schutz der Minderheiten eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes sei und jeder Staat bei gefährlichen Minderheitstrosen das Recht der Berufung auf den § 11 habe.

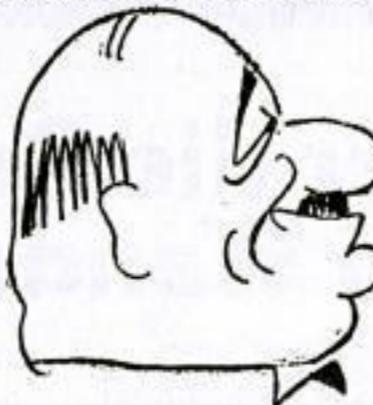
Die Entscheidungen des Rates über Oberösterreich bewegten sich auf der Basis des kürzlich gefallenen Haager Urteils. Sie bestreiten Polen das Recht der Nachprüfung, ob angemeldete Kinder wirklich der deutschen Minderheit angehören, ohne den deutschen Standpunkt, daß der Wille der Erziehungsberechtigten gänzlich frei sei, völlig anzuerkennen. Die Aufnahme nur polnisch sprechender Kinder in Minderheitsschulen entpreche nicht dem Geiste des Minderheitsrechts. Deutschland und Polen schlossen sich mit Vorbehalt dieser prinzipiellen Einstellung an. Deutschland, weil der Rat für die deutschen Einzellagen Folgerungen aus dieser Einstellung ziehe, die für die deutschen Minderheiten sehr günstig sind. Von besonderer Bedeutung ist die völlige Ignorierung der polnischen Schulaufnahmeprüfung durch den Rat, die der polnische Außenminister selbstverständlich bedauerte. Er machte dunkle Andeutungen, daß Polen auf keinen Fall die pädagogischen Notwendigkeiten durch die Ratserklärung beeinträchtigen lassen könne. Ob das eine Vorbereitung zur Sabotage der Ratssätze ist, muß die Zukunft lehren.

Im einzelnen verlangte der Rat die Wiederöffnung von Minderheitsschulen in einzelnen Orten Polen-Oberösterreichs und eine Nachprüfung, inwieweit die von der deutschen Minderheit beanspruchten polnischen Lehrer am deutschen Lyzeum in Königshütte durch andere deutsch gesprochene Lehrer zu ersetzen seien. Ueber die Einführung deutscher Bezeichnungen neben den polnischen in den Minderheitsschulformularen glaubte der Rat eine Entscheidung ablehnen zu müssen, da es sich um eine untergeordnete Verwaltungsaangelegenheit handle. Der polnische Außenminister sagte hier eine loyale Erwagung der deutschen Minderheit zu. In der rechtlichen Frage, ob das oberösterreichische Minderheitstrosen die polnischen Schulgesetze aufhebe oder nicht, schloß sich der Rat dem polnischen Standpunkt an, daß die polnischen Schulgesetze in Kraft bleiben.

Die Faschisten auf der Arbeitskonferenz

SPD Die Internationale Arbeitskonferenz hielt am Sonntag — wie uns aus Genf gemeldet wird — mit 100 gegen 30 Stimmen das Mandat des italienischen Faschisten Rossini gut.

Spaniens Vertreter, Quinones de León



der wieder in den Völkerbund zurückkehrt

Nationen als ihr Kriegsziel proklamierte, da hatten die Zentralmächte in den neutralen Staaten den Krieg moralisch verloren.

Die Oesterreicher waren sich freilich der besonderen Gefahren bewußt geworden, die ihnen aus einer Niederlage drohten. So begannen im Februar 1917 jene mehr oder weniger geheimen Versuche um einen Separatfrieden, die bis zum April 1918 andauerten. Frankreich war im Unbeacht der militärischen Lage durchaus geneigt, im eigenen Interesse alle Befreiungsversuche der kleinen Nationen fallen zu lassen und bei Aufrechterhaltung der Monarchie, bei wahrscheinlich geringen territorialen Opfern Oesterreichs mit diesem Frieden zu schließen. Erst das öffentliche Rededuell zwischen Czernin und Clemenceau machte allen diesen Versuchen ein Ende.

Die militärische Schwäche der Entente bewog den Nationalrat zu vermehrten Anstrengungen, eine eigene Armee zu bilden, um die anerkannte fülligende Macht die Gestaltung der Dinge beeinflussen zu können. Allen Hindernissen zum Trotz wird im französischen Sommer 1918 die tschechoslowakische Armee gebildet, der Nationalrat zunächst v.a. fact, später formal als provvisorische Regierung anerkannt. Die Tschechoslowakei wird offiziell als fülligende Macht anerkannt, die Schlacht ist gewonnen. Noch folgt das dritte Kaiserspiel anlässlich der Friedensverhandlungen, der Staat ist unter den westlichen Auspizien der Freiheit, der Demokratie, des Fortschritts geboren.

Tarif erhöhung auf Umwegen

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigte sich am Sonnabend in einer außerordentlichen Sitzung mit der Ablehnung des Tarif erhöhungsvorlasses durch die Reichsregierung. Ueber den Verlauf der Sitzung veröffentlicht die Reichsbahn-Gesellschaft ein Kommuniqué, in dem es heißt, daß der Verwaltungsrat in der Einstellung der Reichsregierung keine erledigende Entscheidung erledigen kann, da die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen (Erhöhung von Kapitalbeschaffung am Geldmarkt und Vereinbarung über die Tilgung solcher Kredite, deren Lästen sich über den 1. Januar 1918 hinaus erstrecken) bereits bei der geforderten Tarif erhöhung berücksichtigt worden sind. Für die Tarif erhöhung führt das Kommuniqué insofern ein neues Argument ins Feld, als auf die auf Grund der Kohlen- und Eisenpreissteigerung zu erwartende Preiserhöhung für Materialien hingewiesen wird. Dann wird schließlich mit der Anrufung des Reichsbahnrechts dies geschieht. Ein solcher Schritt soll aber erst kommen, wenn die beabsichtigten und mit Nachdruck zu führenden neuen Verhandlungen mit der Reichsregierung auf Erledigung des Tarif erhöhungsvorlasses ebenfalls schließen sollten.

Es wird von der Reichsbahn-Gesellschaft behauptet, die Tarif erhöhung könne nur vermieden werden, wenn die sogenannten politischen Kosten der Reichsbahn gensezt würden. Es handelt sich in erster Linie um die auf Grund der Demobilisierungserordnung zu bezahlenden Entgelten, die etwa 300 Millionen jährlich betragen. Die Reichsbahn verlangt von der Reichsregierung, daß sie ihre finanzielle Last von insgesamt 600 Millionen jährlich abnimmt. Das würde, wie die Volksstimme richtig bemerkt, darauf hinauslaufen, daß die Tarif erhöhung durch eine Steuererhöhung ersetzt wird. Die Reichsbahn-Gesellschaft will scheinbar die Reichsregierung in eine Zwangslage versetzen, indem sie erwartet, daß die Steuererhöhung als unbedingt absehbar und mit dieser Begründung dann schließlich die Tarif erhöhung doch bewilligt wird.

Ehrele und das Notprogramm

SPD Der Reichstagsausschuss zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms nahm am Sonnabend den Bericht des Reichsernährungsministers über die Verwendung der vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel zur Förderung des Abfahres von Schlachtwiegen und Fleisch entgegen. Die Verhandlungen darüber sind bisher noch nicht abgeschlossen, so daß ein abschließender Bericht nicht erwartet werden konnte. Eingehend wurden dagegen die Pläne, in Ostpreußen eine Fleischwarenfabrik zu errichten und so dem ostpreußischen Landwirt Hilfe zu bringen, erörtert. Gegen den Plan wandte sich nur der Vertreter der Wirtschaftspartei, der in diesen Plänen eine Schädigung des Mittelstandes sieht. Ihnen traten die Vertreter der anderen Parteien entgegen. Insbesondere betonte Udo Schmidt, Röpke (Soz.), daß das Projekt einer Studiengesellschaft für die ostpreußische Wirtschaftsfrage viel älter sei als das Notprogramm und daß seine Freunde den Plan begrüßten.

Ein Regierungsvertreter gab dann noch nähere Auskunft über die Umwidmungsentwicklung. Die Tätigkeit des Ausschusses war damit

Unterzeichnung der Lüge

Vor der Annahme des Kriegsverzichtspaktes

TU Neuwerk, 9. Juni.

Die auf dem üblichen diplomatischen Wege vom amerikanischen Staatsdepartement geführten Verhandlungen sind so bestreitigend verlaufen, daß in unterrichteten Washington Kreisen kaum noch Zweifel an dem schicksalhaften Erfolg gehegt werden. Von privater Seite wurde als möglicher Tag für die Unterzeichnung des Kriegsverzichtspaktes sogar bereits der 4. Juli, der amerikanische Nationalfeiertag, genannt und für den Fall, daß dieses Datum etwa zu früh liege, sollte der französische Nationalfeiertag, der 14. Juli, in Aussicht genommen werden.

Das Staatsdepartement ist mit diesen Berechnungen in keiner Weise verbunden und sieht sich zunächst noch außerstande, zu erklären, wie lange die Besprechungen noch andauern werden. Dagegen scheint sich zu bestätigen, daß von mehreren Seiten geplant wird, den Abschluß des Kriegsverzichtspaktes zu einem eindrucksvollen Ereignis zu machen und die Unterzeichnung möglichst durch den Außenminister der beteiligten Länder erfolgen zu lassen. Im Augenblick ist die Frage einer Erweiterung des Kreises der beteiligten Mächte noch nicht endgültig entschieden. Das amerikanische Staatsdepartement würde die Einbeziehung anderer Mächte zweifellos begrüßen, vorausgesetzt, daß sie eine ähnliche vorbehaltlose Zustimmung aussprechen, wie das die deutsche Regierung getan hat. Die Aufrufung von Fragen der Art, wie es durch einige Großmächte geschehen ist, etwa durch die Kleine Entente, würde diese von vornherein als Signatarmähte ausschalten.

Der jugoslawische Deutschnationale

In der Nummer vom 1. Juni ist unter der Überschrift „Der jugoslawische Deutschnationale. Ein Ententespigel in den Leipziger Neuenen Nachrichten“ die Kopie eines Briefes wiedergegeben, der unter dem 30. Mai an die Hauptherausleitung der Leipziger Neuenen Nachrichten gegangen ist. Die Sächsische Arbeiterzeitung ist ebenfalls in der Lage gewesen, diese Kopie schon einen Tag früher zu veröffentlichen, die Frage einer Erweiterung des Kreises der beteiligten Mächte noch nicht endgültig entschieden. Das amerikanische Staatsdepartement würde die Einbeziehung anderer Mächte zweifellos begrüßen, vorausgesetzt, daß sie eine ähnliche vorbehaltlose Zustimmung aussprechen, wie das die deutsche Regierung getan hat. Die Aufrufung von Fragen der Art, wie es durch einige Großmächte geschehen ist, etwa durch die Kleine Entente, würde diese von vornherein als Signatarmähte ausschalten.

Herr Dr. Hirth erucht uns, die Mitteilung zu veröffentlichen, daß diese Behauptungen vollkommen aus der Luft pfeffert seien. Er habe niemals weder für die Entente noch für irgendeine Entente mächtige Gelehrte geleistet, ebenso wenig, wie er jemals ein Doppelspiel getrieben und der Botschafter von Hirsch ihm seine Empfangszimmer gelockt hätte. Er sei in Wien geboren und 20 Jahre lang Professor an österreichischen Schulen gewesen. Die Verleumdungen seien ein dummer Racheakt.

Handelt es sich darum, so seien wir nicht an die Veröffentlichung des Briefes zu bedauern und die Behauptungen, soweit wir sie uns zu eigen machen, zu widerlegen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Interessenten:

Hugo Schröder in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altlengen-Gesellschaft. Leipzig.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Geflügelkohl 60, Hamburger Knoblauch mit Kartoffelkohlrabi 70,- Geschmorte Rinderrippen mit Kompost 1.10. Morgen: Speckknödel nach schwäbischer Art 35,- Szegediner Schweinsroulade mit Kartoffelmus 1.10.

Der heutige Käse liegt der Käsestand bei.

Unserer heutigen Ausgabe liegt für die Abonnenten des Oktobers ein Handzettel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Leipzig-Ost bei.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Antikriegslandgebung in Berlin

Giftgasalarm

© Berlin, 10. Juni.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hatte am Sonnabend zu einer Alarmkundgebung gegen den Giftgasangriff aufgerufen. Leider war der keineswegs übergroße Raum der Spichern-Säle nur zu Dreivierteln besetzt, so daß der Vorsitzende der Veranstaltung mit Recht darauf hinweisen konnte, daß der Besuch der Versammlung in seinem Verhältnis stand zu der ungeheuer ausstüttenden Wirkung, die solche Katastrophen wie die Hamburger Phosgen-Explosion auf das Gewissen eines jeden Menschen ausüben müssen. In leidenschaftlichen Worten rief der Vorsitzende die — im Saal kaum vertretene — Arbeiterschaft dazu auf, die Produktion der schrecklichsten Waffe des modernen imperialistischen Krieges zu unterbinden, endlich einmal ihrer Macht gestand zu machen zur Sicherung des menschlichen Lebens.

Die erste Rednerin des Abends, Frau

Dr. Gertrud Wolter,

Verfasserin des bekanntesten Buches über den Giftgaskrieg und Professor an der Universität Bern, glorierte den eigenartigen „Zufall“, dem die Entdeckung der Giftgase als Kampfwaffe im Weltkrieg zu verdanken gewesen sei. Bei solchen systematischen „Zufällen“ hört der Glaube an das „Zufällige“ auf. Gewiß, im Kriege hat man die Exponierung der Truppen mitVerteidigungsgründen entschuldigt. Aber wie entschuldigt man die Exponierung der friedlichen Bevölkerung, die durch einen einzigen kleinen „Zufall“, wie den Stolzenbergischen Phosgenzufall in Hamburg, den ungeheuerlichen Gesichten ausgesetzt wird? Wie könnten überhaupt die Phosgenbestände in der Stolzenbergischen Fabrik in der gefährlich großen Masse liegen? Es ist unmöglich, daß das Hamburger Phosgen, wie die amtlichen Erklärungen behaupteten, für Zwecke der Farbenindustrie hergestellt worden sei. Für diese Fabrikation hätte Stolzenberg gar keine Konzeßion, aber an die Stolzenbergische Gasfabrikation in Russland muß erinnert werden!

In längeren Ausführungen schilderte die Rednerin die vorhegenden Wirkungen der als Kampfmittel verwendeten Gase: Phosgen-, Chlor-, Kreuz-, Sulfur-, Senfgas. Die heuchlerischen Feststellungen angeblicher Fachgelehrter, die im Dienste der „Kriegswissenschaft“ stehen, wonach beispielweise beim Senfgas die Sterblichkeit nur 1 Prozent betrage, stehen im Widerspruch zu den Bekundungen der Kriegsteilnehmer über die tödliche Wirkung der Giftgase, der sich an einzelnen Frontabschnitten nicht mehr als ein Drittel der Mannschaften entziehen konnten. Nur die Abschaffung des Kriegs überhaupt, nur die Beseitigung des Krieges als Mittel zur Austragung von politischen Streitigkeiten, verbunden mit allgemeiner Abrüstung, kann die Menschheit vor den Gefahren des Giftgases bewahren. (Beifall.)

General v. Schoenaich

verwies auf die merkwürdigsten „Zufälle“, die im Zusammenhang mit der Hamburger Katastrophe auffallen. Es kann kein deutlicheres Menetekel für den neuen Reichstag geben als die Tatsache, daß die Giftgaskatastrophe in der Stolzenbergischen Fabrik am Tage der Reichstagswahlen erfolgte und daß unmittelbar darauf der Stahlhelm in Hamburg stattfand.

Wer ist denn überhaupt an der Verbilligung der Menschheit durch den Giftgaskrieg interessiert außer denen, die an der Fabrikation der Gase verdienen?

Nicht gegen den Giftgaskrieg an sich wollen wir kämpfen, sondern gegen jeden Krieg! Es gibt keinen Wahnsinn, der nicht im Kopfe militärischer Narren Platz finde. Ich kenne die Geschichte, sagt Schoenaich, der Verrückteste war ich in den Jahren, wo ich dringendste habe, nicht, aber verrückt war ich auch. An Stelle von Millionen von Gummizäpfchen zum Schutz der Bevölkerung gegen die Giftgase

sollte man eßliche Gummizäpfchen besorgen für die tollgewordenen Militärs.

Die Herren Gasindustriellen sollten übrigens auch bedenken, daß, falls der Militarismus mit Giftgasen auf die Menschheit losgelassen werden sollte, keine Menschen mehr übrigbleiben werden, um ihnen die Profite zu bezahlen. Mit dem Stahlhelm kann man gegen die Giftgase nicht kämpfen, da helfen nur Gasmasken, die ebenso notwendig sind wie die ganze Stahlhelmsorganisation schädlich ist.

Bei der Hamburger Katastrophe habe ich nur bedauert, daß mein Freund Herr Gehlen nicht mehr amtierte. Er hätte sicher erklärt, daß Phosgen sei eine Substanz, die die Jägerbäcker zur Zubereitung ihrer Waffen verwenden.

Was aber wäre passiert, wenn vor dem 20. Mai einer von uns auf die Möglichkeit einer Katastrophe wie die Hamburger hin gewiesen hätte? Wegen Landesvereins hätte man uns angeklagt. Ich aber klage diese Justiz an! Zeit ist die Stunde gekommen, wo entschieden werden muß. Mein Mittel gegen den Giftgaskrieg ist: Schreibt an Eure Abgeordneten, sie mögen erst einmal das Giftgas kaufen, bevor sie vom hoffnenden Kriege reden! Helfen Sie uns, eine Massenorganisation zu schaffen, die sagt: Nie wieder Giftgaskrieg! (Silbermischer, langanhaltender Beifall.)

Als nächster Redner sprach

Genosse Bentzin,

Geschäftsführer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, von den Gefahren, die sich hinter jedem Werk der chemischen Industrie verbargen. Sieden vielleicht nicht kapitalistische Interessen hinter dem Stolzenbergischen Phosgen? Trotz allen Dementis werden bei der I. G. Farbenindustrie auch heute noch Phosengase produziert. Warum werden nicht erst die alten Bestände aufgearbeitet? Seit 100 Jahren ist die starke Giftigkeit des Phosgens bekannt, und trotzdem werden große Phosgenbestände auch heute noch auf Lager gehalten. Zu Kriegszwecken ist die Giftgasfabrikation in Deutschland durch den Verfaßter Vertrag verboten.

Woher haben denn die Phosgenbestände in Hamburg gelagert?

Unermüdlich hat der Fabrikarbeiterverband seit Jahrzehnten auf die Gefahren der chemischen Industrie, vor allem für die Arbeiterschaft, hingewiesen. Mit ungeahnter Energie haben die Industriellen den Wahrheitswert unserer Veröffentlichungen abgetritten.

Unzählige Unfälle mit vielen Todesopfern ereignen sich jahraus jahrein in den Betrieben der chemischen Industrie. Vor allem in der Kunstseidenindustrie, diesem jüngsten Kind des Kapitalismus, sind die Giftgefahren für die Arbeiter erstaunlich groß.

Das Gift treibt in den Leib oder in den Tod. Bei dem Kunsthauer in Berlin-Johannisthal, das nach dem Accidentschreiben arbeitet, ist ein Arbeiter nach drei Stunden wahnsinnig geworden, ein anderer beging Selbstmord. Auch die Johannisthaler Krankenfalle berichtet über die Häufung von Vergiftungsunfällen. In den rund 40 000 Betrieben der deutschen chemischen Industrie mit circa 350 000 Arbeitern gab es im Jahre 1926 24 880 Unfälle, 168 davon mit tödlichem Ausgang. An über 40 000 Opfer der chemischen Industrie wurden Renten gezahlt.

Seit der Nationalisierung, die auf den Schultern der Arbeiterschaft durchgeführt wird, mehren sich infolge des Ablöse- und Brämliensystems die Giftunfälle mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Die Arbeiterschaft verlangt Schutz gegen die lebensgefährliche Bedrohung, in der sie schwelt, gesetzlicher Schutz muß wenigstens einige Sicherheiten für das Leben der Arbeiter schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Die Schlussrede hielt der Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft für Westdeutschland,

Genosse Bierbächer,

der der Nationalsozialisten Barthold Jacob und Erik Küster gedachte, die jetzt hinter Festungsmauern darüber nachzudenken haben, daß in der deutschnationalen Republik alle Gewalt vom Volke ausgeht. Noch viele Opfer wird der Kampf gegen die Kriegsgefahr fordern. Trotz allerlei verzagen wir nicht: Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt. — Zeit muß man rückschauend auf den Standort der schwarzen Reichswehr verweisen! Wahrheit ist aber und wird immer sein ein Rechtsbekenntnis! Schon die Tatsache der Freiheitskämpferung zwischen Thüringen und Sachsen v. Seestraße sprach Bände. Jetzt wissen wir, wie die russische Giftgasfabrik in Trost von Dr. Stolzenberg ins Leben gerufen wurde. Auch deutsche Auträte waren nach Stolzenbergs Aussagen dabei! In Ergänzung der vom Vorwärts bereits veröffentlichten Berichte über die Verträge zwischen Stolzenberg und der reichswehrtechnischen Gesellschaft (später Wilo) teilt Bierbächer mit, daß dem Dr. Stolzenberg verboten wurde, zum Abschluß des Vertrages einen Rechtsbeistand hinzuzutragen. Ausdrücklich wurde festgelegt, daß im Falle von Streitigkeiten zwischen den Vertragspartnern der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen sei. Ein von Stolzenberg später angezeugtes Schiedsgericht, das gegen Stolzenberg entschied und so den Verlust seines ganzen Vermögens auf dem Felde der Giftgasfabrikation befürwortete,

setzte sich aus Geheimrat Prof. Dr. Haber, dem Oberlandesgerichtspräsidenten Mittelstein und Prof. Dr. Möllendorff zusammen, die für ihre Dienste 150 000 Mark erhielten. In der Schiedsgerichtsgründung heißt es u. a.:

„Danach haben die Parteien anfänglich erklärt, daß sie auf eine Begründung des Schiedsgerichts verzichteten, weil sie nicht wünschten, daß ihre Angelegenheit . . . weiteren Kreisen zu gänglich werden.“

Die Firma Stolzenberg lagte auf 3 Blättern zu je einer halben Million Mark. Das Schiedsgericht wies die Forderung ab, da die Voraussetzung nicht voll erfüllt worden sei. Wörtlich wird in der Spruchbegründung dazu gesagt:

„Denn die Anlagen sind nur zum Teil fertiggestellt worden, und ein Betrieb ist auch in den fertiggestellten Teilen bisher nicht aufgenommen worden . . . Auf der anderen Seite war zu berücksichtigen, daß die bei Vertragschluss vorgezeichnete Abwicklung des Vertragsgegenstandes durch Verhältnisse, die die Klägerin nicht voll in der Hand hatte, eine für sie ungünstige Wendung genommen hat . . .“

Das also ist die Vorgeschichte des Hamburger Unglücks. Und ditzelben Leute, die solche Katastrophen über uns heraufbeschwören, sind es, die Landesvertragsverfahren gegen uns geführt haben. Nur die Massen sind imstande, die drohenden Gefahren zu bannen, wenn sie eine starke, mächtige internationale Organisation schaffen, die die Kraft hat,

die Herstellung der Giftgase nicht nur zu kontrollieren, sondern sie auch unmöglich zu machen.

Unsere Aufgabe ist die Befreiung der Menschheit von der Pest des Krieges. Die Wahrheit marschiert, und nichts kann sie aufhalten! (Stürmischer Beifall.) *

In dem kurzen Schlusssatz, mit dem die Kundgebung beendet wurde, erklärte der Vorsitzende, es sei die historische Aufgabe des Proletariats, die Menschenrechte für alle zu erlösen; „wir bürgerliche Pazifisten sind in diesem Kampf die Verbündeten des Proletariats“. Ein offenes, ein ehrliches Wort in dem Munde derer, die ein gut Teil des Kampfes gegen den deutschen Militarismus auf ihren Schultern, ohne Scheu vor Opfern ausgefochten haben. Sehr wenig stand aber in Einklang mit diesem Bekenntnis der Versammlungsleitung das Verhalten des bürgerlichen Publizums, das wiederholt unsern Genossen Bentzin in der ungeüblichsten Weise unterbrach, weil es von dem Schriftsteller Arbeiterkampf Bierbächer mit, daß der chemischen Industrie nichts hören wollte. Pazifisten, denen nur die Sicherheit des eigenen Schwerbauchs wirkliche Sorge macht! Ein Beweis mehr für die alte Wahrheit, daß die internationale Arbeiterschaft die einzige Kraft ist, die den Kampf gegen den Krieg mit dem Sturz des Kapitalismus zum siegreichen Ende zu führen vermögt!

Zat und Schuld

* Vor dem Schwurgericht wurde am Sonnabend ein Totalschlagsprozeß verhandelt; ein Schulbeispiel dafür, daß der Täter nicht immer der Schuldige ist, sondern daß Kräfte oder Personen willkürlich sein können, die einen Menschen zwangsläufig zu einer Tat im strafrechtlichen Sinne treiben. Frieda K., 1903 in Knauville als Tochter eines Arbeiterspaars geboren, mußte frühzeitig in die Fabrik gehen. Hier lernte sie einen Gelegenheitsarbeiter kennen und lieben. Beide heirateten. In diesem Hause wäre eine Heiratserziehung vonnöten gewesen. Der Mann, schwer erkrankt, hilflos und hemmungslos veranlagt, mußte zweimal im Alter von dreizehn Jahren in einer Klinik untergebracht werden. Nachdem er im Jahre 1918 aus Döhren entlassen worden war, fand ihn die Militärbehörde gut genug zum Heeresdienst. Nach dem Kriege fristete K. sein Leben als Gelegenheitsarbeiter. Sein Bruder verführte ihn zum Spielen, und in der Folge war der hilflose Mensch der Spielheldenschaft rettungslos verfallen.

Unter solchen Umständen heiratete er Frieda K. Die Ehe war von vornherein verschlief. K. fiel Hassspielen in die Hände und verspielte stets sein ganzes Geld. Aus der Fabrik wurde er entlassen, weil er während der Arbeit Kollegen zum Spiel verführen wollte. In Kneipen, in Privatzirkeln, u. a. in der Uferstraße, und in einem Café in der Reichsstraße spielte er fast täglich von abends bis zum frühen Morgen. Wenn er in einem Arbeitsverhältnis stand, verspielte er den Lohn, wenn er arbeitslos war — und das kam oft vor — verspielte er die Erwerbslosenunterstützung, und wenn er trank war, wurde die Krankenunterstützung verpielt. Zwischen ließ er zu Hause Frau und Kinder hungern. So weit es Friede möglich war, arbeitete sie. Doch war sie dreimal schwanger, und mitunter erhielt sie auch keine Arbeit. Ein Kind starb und die Not wurde immer ärger. Wenn die Frau in ihrem Mann drang, ihr doch Geld zu geben und seine Spielheldenschaft zu bestrafen, schlug er sie sogar. Um nicht zu verbürgern, verließ die Ungläubliche ihr geringes Eigentum und borgte, wo sie konnte. Schließlich mußte sie ihren Mantel und den ihres ältesten Kindes verkaufen. Es gelang dem Mann, ihr den Elss in Höhe von sechs Mark abzujagen und zu verspielen. Die Frau war verzweifelt. Da ihr Tochter keinen Mantel mehr hatte, wurde es infolge einer Erfahrung so ironisch, daß es ins Kinderkrankenhaus übergeführt werden mußte. Tagelang hatte die unglückliche Frau nur trockenes Brod im Hause. Sie wußte nicht, wo sie die Milch für den Säugling aufstreichen sollte.

Ihr Mann möchte wieder einmal Krankenfalle. Die Frau bat ihn aufs inständigste, ihr doch etwas von dem Krankengeld zu geben. Doch der Mann verspielte alles. Die Frau wußte sich gar nicht mehr zu helfen. Eines Nachts, als er wieder ohne Geld nach Hause kam, obwohl er 27 Mark Krankengeld erhoben hatte, drohte ihm die Frau mit der Urt. Wieher vertrug der Mann, vom Spiel zu lassen und ihr die nächsten 27 Mark zu geben. Acht Tage später begleitete die Frau ihren Mann in die Poliklinik. Hier mußte er einen Schein abstempeln lassen, auf den hin er das Krankengeld erheben konnte.

Die Frau setzte sich in ein Warzelzimmer der Poliklinik. Der Mann vertrug ihr hoch und heilig, sofort zurückzulehnen. Zum Pfande gab er ihr seine Mütze. Geduldig wartete die Frau. Sie hoffte, endlich wieder einmal sich und ihr Kind lättigen zu können. Sie wartete eine Stunde, sie wartete zwei Stunden; ihr Mann lehrte nicht zurück. Schließlich mußte sie erkennen, daß ihr Mann sie bestrogen hatte und sicher längst wieder beim Spielen saß. Verzweifelt, hilflos, ratlos eilte sie zur Ortskrankenfalle. Sie erfuhr hier, daß

ihr Mann die 27 Mark bereits vor zwei Stunden abgeholt hatte. Zeitmecht, weinend ließ sie nach ihrer Wohnung, die nur aus Stube, Kommer und Küche bestand. Die Stube war fast leer; alles was der Spielerheldenstift ihres Mannes zum Opfer gefallen. Sie hatte keinen Bissen zum Essen und auch der Säugling lag hungrig im Korbchen. In Frieda war alles zerbrochen; wo sollte sie noch Vertrauen zu ihrem Manne und zu sich selbst hernehmen. Sie wollte nicht mehr leben und ihr sechs Wochen altes Kind sollte auch nicht mehr hungern. Sie deckte den schlafenden Kleinen leise mit zwei dicken Decken zu, damit er nie wieder aufwache und sollte zu ihrer Mutter. Ihr teilte sie mit, daß sie sich vor den Zug werfen würde, da sie nicht mehr weiterleben könne. Natürlich redete ihr die Mutter gut zu und Frieda vertrug, weiter leben zu wollen. Sie suchte nun ihren Schwager auf, dem sie alles anvertraute. Der ging mit ihr zur Polizei und nun nahm die „Gerechtigkeit“ ihren Lauf. Uebrigens wurde der Ehemann am andern Morgen mit 20 Minuten in der Tasche aufgegriffen. Tatsächlich hatte er die 27 Mark wieder verpielt!

In der Verhandlung vor dem Schwurgericht stellte der Sachverständige Koch fest, daß er erst die Säugling wahrscheinlich sowieso gestorben wäre. Das Kind war abgemagert, hatte bereits Rachitis, eine beginnende Lungentuberkulose und eine geschlechtliche Hautkrankheit (vom Vater!). Der Gerichtsarzt Schütz erklärte, daß die Angeklagte von nervösen Herzbeschwerden und Ohnmachten belittelt sei. Es handele sich in diesem Falle sicher um eine Verzweiflungstat, bei deren Begehung die Angeklagte aber nach ihrer eigenen Darstellung willenfrei gewesen sein müsse. Staatsanwalt Hiller hielt angeklagter Sachlage weniger eine Auflage als vielmehr eine Verteidigungsrede. Die Schuld wäre eben in diesem Falle nicht bei der Täterin zu suchen. Dort auf dem Zeugentwurf lhe im Vater des toten Kindes der wäre Mörder, der eigentlich auf die Nullagebank gehörte. Die Frau lhe und erschuldigte ins größte Elend gekommen. Ihre trostlose Lage und das lange Martyrium ihrer Ehe hätte sie vollkommen abgestumpft. Außerdem hatte sie zur Zeit ihres Todes noch unter den Folgen einer sehr schweren Geburt zu leiden. Der Staatsanwalt beantragte unter Jubiläum mißender Umstände 1 Jahr Gefängnis und Aufhebung des Haftbefehls. Das Schwurgericht, dem zwei Frauen beigegeben, verurteilte Frieda wegen Totalschlags zu 9 Monaten Gefängnis unter voller Anrechnung der zweimonatigen Untersuchungshaft und Bewilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist für den Straftest, so daß die Schwereprüfung den Schwurgerichtssaal mit ihrer vor Freude weinenden Mutter, bei der sie Aufnahme findet, frei verlassen konnte.

Urteil im Carrasbali-Prozeß

Das Gemeinsame Schöffengericht verurteilte „Direktor“ Schiffel wegen Rückfallsbeitrags in 16 Fällen zu 3 Jahren 10 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenverlust. In der Urteilsbegründung wurde mitgeteilt, daß das Gericht Schiffel für gemeingeschäftlich hält. Eine längere Strafe wäre nötig, weil es für Menschen von Schiffels Veranlagung noch keine Bestimmungen für Verwahrung gebe. Schiffel erklärte, das Urteil seinesfalls anzunehmen.

Olef-Walz- und Kronkoffen
abgabe nur an Mitglieder!
und dem Konsumionen ist vorzüglich!

Gustav Schneider antwortet

Um den Skandal vollständig zu machen

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der neugeborene demokratische Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider, landete unter dem Verantwortlichen zu der am 5. Juni in der LB veröffentlichten Notiz „Aus Gustav Schneider's Reich“ einen eingeschriebenen Brief. Gustav Schneider beruft sich in diesem Brief nicht auf § 11 des Prezessgesetzes, sondern versucht, eine für den Gaul recht brenzliche Angelegenheit durch ein milderes Verfahren zu erledigen.

In der erwähnten Notiz der LB wurde mitgeteilt, daß die Leipziger Angestellten des GdA eine Protestversammlung abgehalten haben, in der beschlossen wurde, das weitere Zusammenarbeiten mit dem Abteilungsleiter St. des GaA abzulehnen. Gustav Schneider bestätigt durch sein Schreiben über diesen Punkt die Richtigkeit unserer Mitteilung.

Die Angestellten des GdA in Leipzig sind zu ihrem Verhalten dadurch gekommen, so schrieben wir am 5. Juni, daß St. die Geschäftigkeit hatte, „seine segnenden Bedürfnisse während der Dienststunden mit mehreren, zum Teil von ihm gezwungenen, zum Teil sich freiwillig hingehenden weiblichen Angestellten des Verbandes zu befriedigen“. Gustav Schneiders Aufschrift bestätigt auch in diesem Punkte unsere Mitteilung. Gustav Schneider versucht allerdings seine männlichen Verbandskollegen zu entlasten, dagegen seine weiblichen Verbandskolleginnen, die Objekte der Erlustierungen seines Kollegen St. zu belasten.

Gustav Schneider entschuldigt den St. damit, daß er als Kriegsteilnehmer eine schwere Gasvergiftung erlitten hat, die eine Entzündung der Bronchien und Lungen herbeiführte, die ihn „zeitweise jegnlich besonders reizhaft macht“. Die Verschlehrungen von St. sucht Schneider durch den Hinweis darauf geringer erscheinen zu lassen, daß die weiblichen Angestellten, die St. zu Willen waren, „schon vorher Männerverkehr hatten“. Die kriminalistischen Talente Schneiders, die ihn auf diese Entdeckungen brachten, in allen Ehren: aber was hat das mit den Verschlehrungen von St. zu tun? Will Schneider etwa aus der Tatsache, daß irgendwelche weiblichen Wesen schon vorher Männerverkehr hatten, eine Minderwertigkeit konstruieren, die die Betreffende mehr oder weniger zum Freiwillig für zeitweise segnend befunden reizbare Männer macht?

Diese Frage ist um so notwendiger, als in unserer Notiz darauf hingewiesen wurde, daß diejenigen weiblichen Angestellten, die den Verdungen und Aufgaben des St. widerstanden, von ihm entweder entlassen oder so schikaniert wurden, daß sie selbst ihre Stellung aufgaben. In dieser schwerwiegenden Behauptung äußert sich Gustav Schneider überhaupt nicht. Wir hatten außerdem behauptet, daß die weiblichen Angestellten des GdA, die dem St. zu willen waren, aus Beiträgen der Mitglieder „Leistungszulagen“ erhielten. Gustav Schneider ist gezwungen, diese Tatsache zu bestätigen, wenn er auch erklärt, daß nur einer Segualpartnerin von St. eine Leistungszulage gewährt worden ist.

Wir finden demnach, daß die Rechtfertigungsversuche Gustav Schneiders die Sache anstatt besser, schlimmer machen, auch wenn es richtig sein sollte, daß die Zahl der von St. missbrauchten weiblichen Angestellten geringer war, als sie nach unseren Mitteilungen erscheinen könnten, und wenn außerdem seit einiger Zeit St. keine neuen Fälle nachgesagt oder nachgewiesen werden konnten.

Die Sache wird noch schlimmer durch die Argumente, mit denen Gustav Schneider sein eigenes Verhalten zu entkräften versucht. Er gibt zu, dem Betriebsrat gegenüber zugelegt zu haben, sich dafür einzuspielen, daß St. verfehlt werde. Wenn Gustav Schneider mit Stolzen Gefühlschwung erklärt, „jeder sozial empfindende Mensch“ werde den Versuch billigen müssen, dem Kriegsbeschädigten St. „seine Existenz zu erhalten“, so ist das zwar an sich richtig, aber es kommt daran an, mit welchen Mitteln diese Existenzerhaltung versucht wird. Da die Folgen der schweren Gasvergiftung des St. die ihm „zeitweise jegnlich besonders reizbar“ machen, nicht bestätigt sind, so wird bei dem Versuch, „seine Existenz zu erhalten“, darauf Bedacht genommen werden müssen, ihm eine Stellung zu geben, die nicht andere zu Opfern seiner zeitweiligen Segnlichkeit machen. Darauf hat Gustav Schneider wohl nicht die notwendige Rücksicht genommen. Gegen diese Rücksichtlosigkeit wandte sich die Protestversammlung der Angestellten des GdA, dagegen wandte sich auch die Veröffentlichung in der Volkszeitung.

40 Jahre Gewerkschaftsarbeits im Zimmerer-verbund

Der Zentralverband der Zimmerer hat eine umfangreiche Schrift über die Entwicklung der Arbeitszeit und der Löhne im deutschen Zimmerergewerbe herausgegeben. Die Ermittlungen umfassen einen Zeitraum von 40 Jahren. Der Verband regelt seit dem Jahre 1885 die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Zimmerer und hat seit dieser Zeit ansehnliche Erfolge auf diesem Gebiet erzielt. In der genannten Schrift werden nicht nur die Erfolge des Verbandes auf lohnpolitischen Gebiet dargestellt, die der Verband in allen Teilen Deutschlands im Laufe der letzten 40 Jahre erzielt hat, sondern auch die Entwicklung der Arbeitszeit, sowie der Mitgliederbewegung. In dem umfangreichen Tabellen-

werk spiegelt sich der gewerkschaftliche Erfolg der 40jährigen Verbandsarbeit wider. Im Jahre 1885 hat der Durchschnittsstundenlohn für einen Zimmerer 32,38 Pf. betragen; im Jahre 1925 hingegen 102,22 Pf. Der Durchschnittsstundenlohn der Zimmerer ist in den letzten 40 Jahren um 215,69 Prozent gestiegen. Ebenso interessant wie die Entwicklung des Stundenlohnes ist die Entwicklung der Arbeitszeit. Im Jahre 1885 arbeiteten 46,17 Prozent der Verbandsmitglieder länger als 10 Stunden täglich. Schon in der Weltkriegszeit, im Jahre 1918, arbeiteten 39,15 Prozent der Verbandsmitglieder in den Sommermonaten weniger als 10 Stunden täglich. Im Jahre 1925 haben 95,11 Prozent der Verbandsmitglieder in den Sommermonaten täglich 8 Stunden und weniger gearbeitet. Der Achtkundatag ist im Zimmerergewerbe restlos durchgeführt. Eine ebenso erfreuliche Entwicklung hat die Mitgliedsbewegung genommen. Heute sind im Zimmererverband über 105 000 Mitglieder, einschließlich 13 000 Lehrlingen, organisiert. Das Tabellenwerk zeigt allen, die sich für die Gewerkschaftsbewegung interessieren, die Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit.

Austritt der Lederarbeiter

SPD Der Jahresbericht des Deutschen Lederarbeiterverbandes, der soeben erschienen ist, zeigt eine günstige Entwicklung des Verbandes. Die Mitgliederzahl nahm um rund 2000 zu. Die Lohn- und Tarifbewegungen waren entsprechend der besten wirtschaftlichen Konjunktur im Jahre 1927 bedeutend zahlreicher als im Vorjahr; insgesamt führte der Verband 157 Bewegungen, davon 153 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 4 zur Abwehr von Verschlechterungen. Von den Angriffsbewegungen waren 5 Angriffsstreiks; die übrigen Bewegungen wurden ohne Arbeitsstillstand erledigt. Durch die Lohnbewegungen wurden 1 Reichstarif, 8 Betriebsstarife und 13 Ortsstarife abgeschlossen. Von diesen 22 Tarifverträgen wurden 18 durch Verhandlungen und 4 durch Schiedsspruch der Schlichtungsinstanzen abgeschlossen. Am Jahresende bestanden insgesamt 46 Tarifverträge für 847 Betriebe mit 43 404 Beschäftigten, die vom Lederarbeiterverband abgeschlossen waren.

Verbandstage 1928

Die freien Gewerkschaften halten ihre Verbandstage nicht alljährlich, sondern in unterschiedlichen Jahresfolgen ab. In diesem Jahre liegen:

Eisenbahner ab 17. Juni in Frankfurt am Main.

Graphische Hilfsarbeiter ab 23. Juni in Köln.

Textilarbeiter ab 2. Juli in Stettin.

Fabrikarbeiter ab 8. Juli in Hamburg.

Steindrucker ab 20. Juli in Jena.

Buchdrucker ab 6. August in Düsseldorf.

Gemeinde- und Staatsarbeiter ab 6. August in Köln.

Berichtsbund ab 12. August in Leipzig.

Metallarbeiter ab 13. August in Karlsruhe.

ADGB ab 3. September in Hamburg.

ASA-Bund ab 1. Oktober in Hamburg.

SPD Die Kurzarbeiterunterstützung, deren Geltungsdauer am 2. Juni abließ, bleibt in der bisherigen Form zunächst bis zum 30. Juni in Kraft. Das Reichsarbeitsministerium hat sich also einstweilen wenigstens dem Vorschlag des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung angelehnt. Das auch nach dem 30. Juni die Kurzarbeiterunterstützung in Geltung bleiben muß, davon wird sich nunmehr wohl auch das Reichsarbeitsministerium überzeugt haben; denn die Kurzarbeit ist, wie die Statistik zeigt, neuerdings im Steigen begriffen.

Zur Unterstützung der streikenden Kanalschiffer ist seit Freitag die westdeutsche Kanalschiffahrt stillgelegt. Die Streikbewegung der Kanalschiffer erstreckt sich auf Duisburg-Ruhrort, Dortmund, Hamm und Münster. Damit ruht auch der Abtransport der Kohlenschiffe.

Der Deutsche Hutarbeiterverband hält in der Zeit vom 10. bis 16. Juni in Altenburg seinen 15. Verbandstag ab. Der Verband musste Ende 1927 insgesamt 18 178 Mitglieder (6579 männliche und 11 500 weibliche). Diesen Neuaufstieg kann man erst dann richtig werten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Verband auch im Jahre 1927 trotz der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Lage sehr mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu kämpfen hatte.

Die Streikfahrt in der Leipziger Textilindustrie ist überwunden, nachdem die Industriellen sich zu einer Erhöhung der Löhne von 6 Prozent bereit erklärt haben. Die Arbeiter haben angeholt der ungünstigen Konjunktur auf ihre ursprüngliche Forderung von 15 Prozent verzichtet, sich aber vorbehalten, im Herbst in eine neue Lohnbewegung einzutreten.

Der Streit der japanischen Seesente wurde beigelegt, indem beide Parteien sich mit den von den Schiedsrichtern vorgeschlagenen Lohnsätzen einverstanden erklärten.

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty.

Berechtigte Uebertragung aus dem Englischen von H. Hauser.
Copyright by Th. Knaur Nachf., Berlin W 30.

Er schüttelte sich. Seine Hände und sein Gesicht verkrampften sich, der Kopf schwang auf seinem Hals von links nach rechts und zurück, wie eine Bombe, die im Begriff ist, den Feind anzutreifen. Eine Frau in der Nähe des Feuers stöhnte voll Entsetzen. Aber Gypo griff nicht an. Anstatt auf die Frau loszugehen, machte er einen Schritt rückwärts und blies mit lautem Geräusch die Luft durch die Nase. Dann stand er bewegungslos und starnte in Ehrfurcht und Staunen mit geweiteten Augen auf die wütende Frau vor sich.

Aus fast geschlossenen Augen blieb sie ihn unverwandt an und fluchte: „Schwein, du.“

Es herrschte peinliches Schweigen. Ledermann im Zimmer war davon überzeugt, daß eine Katastrophe hereinbrechen würde. Die Tatsache, daß vor wenigen Minuten das Zimmer voll von den Geräuschen eines ausschweifenden Gelages gewesen war, machte die Stille um so schrecklicher.

Alle beobachteten Gypo. Sein gigantischer Leib, von seltzamen Gefühlen durchwühlt, stand im vollen Schein der Lampe, die über ihm von der Decke hing. Sein unablässiger Blick der Frau zugewandtes Gesicht veränderte sich wieder und wieder und spiegelte die dunklen, geheimnisvollen Regungen, die nacheinander durch sein Hirn jagten. Plötzlich dehnte sich seine Brust, seine Glieder strafften sich. Dann ging sein Atem ruckweise. Seine Kiefer spannten sich, seine Augen wurden weiß. In seinem Hals sang es an sich zu rufen. Dann kam ein Geräusch wie ein abgebrochenes Schnauzen aus seinen Rügtern.

Nach zwanzig Sekunden Wartens wurden die Zuschauer schließlich durch ein unerwartetes Ergebnis dieser Regungen aufgerüttelt. Gypo brach in brüllendes Gelächter aus. Er hob den Kopf und lachte zur Decke auf. Alle horsten ihn voll Angst an, bis auf die Frau. Wie zur Antwort auf sein Gelächter brach auch sie in Lachen aus, aber es war das schrille, dünne Gelächter der Hysterie, das ihre Augen fast glänzen ließ.

Mit einem im Lachen abbrechend, ging Gypo zu Tante Bettie hinüber. Er nahm sie beim Arm, zeigte mit dem Finger auf die

Frau im Pelzmantel und flüsterte heiser: „Die will ich haben. Befog' mir ein Zimmer. Du kannst so viel Geld kriegen, wie du verlangst.“

Die Frau im Pelzmantel schrie auf: „Niemals!“ Sie schlug die Hände vors Gesicht, dann machte sie mit dem rechten Fuß einen kleinen Schritt vorwärts und stand schwankend auf diesen Fuß gestützt, als ob sie ihn auf Eis gelegt hätte.

Tante Bettie näherte sich der Mitte des Zimmers. Sie stand der Frau mit ausgestreckten Armen und vorgeschobenem Kinn gegenüber und sagte: „Wach! keinen Unfall, Phyllis. Dein Geschwätz hab' ich satt. Du bist nicht mehr wert, als dein Schlaf und Essen mich kostet, und solange ich dich behalte, bist du nicht besser als irgendeine andere Frau, die in meinem Haus kost und Logis bekommt. Stopf's dir in 'ne Peisse und rausch's. Ein Mann ist so gut wie ein anderer. Du gehst mit ihm raus.“

Meitere Frauen sahen die pelzgekleidete Frau harschfüllt an und sagten: „Das ist wahr, Tante Bettie.“

Die Frau im Pelz kreischte, mit den Füßen stampfend und die Faust gegen die Weiber schüttelnd: „Gehendel! Was für dreiste Leute habt ihr, daß ihr auf diese Stufe gesunken seid? Ich bin keine Prostituierte wie ihr, und darum haft ihr mich. Ihr habt mich, weil ich eine gebildete Frau bin, weil...“

Connemara Maggie, eine große, kräftige, anziehbare Frau mit rotem Gesicht und starken Knochen, rief: „Keine Spur davon. Wir hassen dich, weil du eine aufgeblasene, ungebildete Person bist, die sich für besser hält, als Gott sie gemacht hat, und Gott verzeih' mir, wenn ich sage...“

Einige unterbrachen: „Gib's ihr kräftig, Maggie, sag' ihr die Meinung.“

Die Frau im Pelz knirschte: „Es ist mir gleich, was du sagst, Connemara Maggie. Du bist nicht die Schlimmste unter ihnen und...“

„Guter Gott!“ Tante Bettie schrie laut, und ihre Hände griffen an ihre Brüste.

Sie taumelte gegen die Wand zurück, die Frau im Pelz verzerrte anblinste. Sie war im Banne einer ihrer Visionen. Gypo starrte mit los herabhängenden Armen die Frau im Pelz an.

Sie fuhr fort: „Hört zu! Ich trage leider von euch etwas nach. Ihr könnt nichts dafür, keine von euch. Ich trage nicht einmal dir etwas nach, Tante Bettie. Ich weiß sehr gut, ohne dich würde ich verhungern — oder an einem schlimmeren Ort sterben.“

„Ich weiß sehr gut, niemand kann für irgend etwas.“

Der Werkspionageprozeß

SPD Stuttgart, 9. Juni.

In der Sonnabendverhandlung des Normannen-Spiionageprozesses wollten die Gegenseite der Parteien mit ungewöhnlicher Schärfe auseinander. Ein Ingenieur Hiecke, der 10 Jahre im Kahn-Konzern tätig war, stellte den persönlichen Eigenhaften des Angeklagten Kahn ein ganz herausragendes Zeugnis aus. Kahn sei von einem kleinen Fabrikanten zu einem führenden Industriellen emporgewachsen. Das verdiente er seinem Glück, seiner Tüchtigkeit und seiner fairen Geschäftsauflösung. Diese glorifizierte Aussage veranlaßte den Vertreter der Nebenklage, die Vernehmung eines Zeugen aus Mannheim zu beantragen, der sich freiwillig gemeldet habe und begründet wolle, daß Kahn in Mannheim Schmierbriefe gegen seine Firma verübt habe. Rechtsanwalt Alsborg erklärte die Überreichung einer Niederschrift hierfür für absolut ungültig. Außerdem führte er und Kahn aus, daß die Gegenseite seit einem Jahr

die ganze Welt mit Detektiven überschwemme, um Material über Kahn zusammenzutragen. Sämtliche früheren Angestellten der 12 Betriebe des Konzerns seien über ihn ausgeholt worden. Über die Mannheimer Vorgänge habe Minister Raumler im Reichstag bereits eine Erklärung abgegeben, die jeden Verdacht gegen Kahn bestritt. Das Gericht verfolgte den Antrag zunächst nicht weiter.

Dann kam es zu der mit Spannung erwarteten Verhandlung des Justizrats Eichenbach aus Berlin. Eichenbach ist ein im 70. Lebensjahr stehender Rechtsanwalt und Notar, der am Kammergericht tätig ist. Er betonte ohne erkennbaren Grund, daß er eine „altpreußische Einstellung und Berufsauffassung“ hätte. Eichenbach soll politisch und weltanschaulich weit rechtsgerichtet sein. Als er in dieser Angelegenheit auf den Namen Kahn stieß, glaubte er offenbar eine Fundgrube für gewisse, in den letzten Jahren beliebte Haupt- und Staatsaktionen entdeckt zu haben. Anders läßt sich der von ihm entwickelte Eifer im Verlehr mit der Gegenpartei, den Norma-Werken, mit dem Untersuchungsrat, der Staatsanwaltschaft usw., nicht gut erklären. Er vermittelte sich mehresach in Widderprüfung. Einmal sagte er, daß Uhlig, und er zum erstenmal zu ihm ins Gespräch kam, keineswegs so schicklich war, doch er kam zu spät, vermochte. Außerdem hat er die bei diesem Zusammentreffen von Uhlig getroffenen Neuverträge, sowohl sie ihm für Kahn und Rosenthal bestanden erschienen, im Verlehr mit den Norma-Werken und dem Staatsanwalt verwertet. Kurzum, er hat sich, wie Dr. Alsb erg, als Anwalt in einer Weise benommen, die ganz einzigartig ist und auf eine wenig erbauliche Berufsmoral schließen läßt.

Während er in der Annahme des Vorliegenden einer Interessenkonflikts zwischen Uhlig und Kahn, bzw. Rosenthal zur Norma führt und dieser darlegt, daß ihre Interessen mit denen seiner Klienten „konform“ gingen, schrieb er gleichzeitig an den Anwalt Kahns, Dr. Kahlenbeck in Berlin: „Ob und inwieweit sich die verschiedenen Interessen bei der Weiterentwicklung der Angelegenheit freuen oder deßen werden, läßt sich noch nicht übersehen.“ Während er der Norma die Adresse eines tüchtigen Detektivbüros zur Verwendung gegen Kahn und Rosenthal mitteilt, schrieb er an den Anwalt der letzteren und formulierte seine Honoraransprüche. Am 14. Oktober schrieb er an das Gericht, es solle die von Kahn mit der Vertretung der Sache betrauten Rechtsanwälte nicht zulassen, sonst bestünde Verdunklungsfahrt. Das felsch, nachdem ihm Uhlig drei Tage zuvor das Mandat entzogen hatte. Vorher aber hat die Verdunklungsfahrt nicht bestanden. Mit ganz besonderer Hingabe trat der Angeklagte Uhlig selbst den Methoden entgegen, mit denen sein früherer Verteidiger gearbeitet und die von ihm in seinem damaligen Gemütszustand gemachten Äußerungen gegen seine Mitangeklagten auszulachen verucht hat.

Die Vernehmung Eichenbachs führte zu sehr umfangreichen neuen Beweisanträgen der Verteidigung, über die am Dienstag nächsten Woche weiterverhandelt werden wird. Am Montag sollen sich die Sachverständigen mit der Prüfung der Maschinen, Werkzeuge und Zeichnungen befassen. Eine Verhandlung findet daher am Montag nicht statt.

Das Morgensfrühstück

Der Amtliche Preußische Pressebeamter stellte auf Grund einer Mitteilung des Reichshaushofes für höhere Volksbildung der Tagespresse unter der Überschrift: „Das Morgensfrühstück“ folgendes zur Verfügung:

Wer es sich leisten kann, der genieße frühmorgens auch ein Ei oder ein Stück kaltes Fleisch. Ein solches Frühstück ist für jeden Kopf- oder Handarbeiter unentbehrlich, um die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit nicht künstlich herabzusetzen und ihn vor Krankheiten zu bewahren.“

Es geht doch nichts über das Amtslog! Also: ein Ei oder ein Stück Fleisch ist für jeden Arbeiter unentbehrlich. Das ist wohl als Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen zu betrachten. Aber das preußische Amtsschmausen post sich für den „gottgewollten Abhängigkeiten“ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an; das lächerliche Tier empfiehlt das „für jeden Arbeiter unentbehrliche nutzende, die es sich leisten können. So kommen Wissenschaft, Amtsmeinung und kapitalistische Gegebenheit in schönstem Einklang.“

„Gut zu mir. Ich weiß sehr gut, niemand kann für irgend etwas.“

Connemara Maggie rief: „Keine Spur davon, dein aufgeblasenes Benehmen, das...“

Eine andere rief dazwischen: „Läßt sie austreten, Maggie.“

In Tränen ausbrechend, rief die Frau: „Ich hatte kein Recht, hierher zu kommen. Ich hätte zur Polizei gehen sollen und sie...“

Birmingham und die Fabrik im Garten

Von Erich Grisar.

Die Städte Englands sind nicht, wie die Städte anderer Länder, Dörfer, die ihren Rahmen sprengen. Sie wachsen nicht aus dem Lande heraus mit breiten Wurzeln. Ganz plötzlich sind sie da. Herausgeschossen aus dem Nichts. Nicht Schmieden sind sie für die Werkzeuge des Bauern, sondern Werkstätten sind sie für irgendwohin Land in der Ferne, das die nie seien, die für seine Bedürfnisse schaffen.

Birmingham ist so eine Stadt. Eben noch führt der Zug von Wiesen vorbei, auf denen riesige Schafherden weiden, an Geißelgärtner und einsamen Landhäusern, die selten nur von Viefern umgeben sind, da ist er schon mitten in der Stadt. Endlose Reihen trostloser Meierhäusern, die zwar selten höher als zwei Stockwerke sind, aber in ihrer Zeilenpracht, die kein Baum, kein Strauch, kein Vorgärtchen mildert, beeindruckend wirken. Rauchfahnen wehen von zahllosen Schloten. Dann wieder von einer Höhe herab ein Bild über ein unendliches baumloses Häusermeer. Ein Wald von Kaminen. Ausgerichtet in Reihen und Wolken schwarzen Rauches austreibend. Die Schlucht von Birmingham. Dann fährt der Zug in eine dunkle Schlucht. Das Hausgebirge der Innenstadt schlägt über ihm zusammen. Zug, Quell, Schienen gewirkt. Der Bahnhof. Keine Freundlichkeit empfängt den Aussteigenden, der zur Stadt emporsteigt, die ihre Häuser über dem Bahnhof stehen hat. Verlust ist selbst die Monumentalbauten, die Kirchen, die Universität. Verlust der Friedhof, auf dem einige wenige Bäume grünen. Verlust die Jugend dieser Stadt, deren Arbeiterviertel beeindruckend sind in ihrer Dodeheit, in ihrer Beengtheit. Hart an die Mauern der Fabriken gerückt, niedrig und grau sind sie von hilflosen Menschen bewohnt.

Und doch lebt auch in dieser Stadt Jugend, die nach oben will, die heraus will aus dem Dunkel, heraus aus der Trostlosigkeit der Stadtklasse, die die Wunder komplizierter Webmaschinen, wie sie in den dunklen Hallen der Fabriken entstehen, unter den Händen müder ausgezogenen Menschen, eintauchen möchte gegen die Wunder der Natur, gegen die Herrlichkeit eines ungebrochenen Lebens. Die einmal nicht vom Donnergrollen der Preßwerke, vom Krachen der Walzen, vom Klirren niederfallender Hammer, sondern vom Brausen der Flut, vom Rauschen der Strome, von den Wogen hoher Gewalten erschützt sein möchte.

Schwer hat es diese Jugend in einer solchen Stadt, deren Himmel verhangt ist von Wölken und Ruh, deren Straßen baumlos sind und deren Geradheit statt in Unendlichkeiten, immer in dunkle Fabrikore mündet, die sich aufrufen für Jungs und Alte und die, die sie zur Zeit für 35 000 sich nicht aufrufen, doppelt unglücklich die Menschen macht, die ihr verfehlen.

Und doch ist Birmingham die Stadt, die uns beweist, daß es so nicht sein muß. Dass Bäume stehen können auch neben Fabriken, dass Vögel singen können auch zum Laut der Motoren und dass Menschen glücklich sein können auch in ihren Häusern.

Sechs Kilometer von Birmingham, seit 1911 ein Teil der Stadt, liegt Bournville. Ein Vorort, der ein Idyll ist. Seine Bewohner arbeiten in einer Schokoladenfabrik, die innen von Bäumen und Wiesen, Spielplätzen und Teichen gelegen ist, so daß sie den Namen, die Fabrik im Garten, den man ihr gab, nicht zu Unrecht führt. Es sind die Schokoladenwerke von Cadbury, die 10 000 Menschen beschäftigen, in Räumen, die ein Ideal bedeuten, das vielmals größer ist als es sein müßte, wenn es den hier beschäftigten nur Brot zu geben hätte.

Aber die Fabrik im Garten will ihren Arbeitern nicht geben als nur Brot. Sie will ihnen Frieden geben. Ausruhen nach der Arbeit des Tages. Sie will ihnen Heimat sein auch in den Stunden, da der Zwang des Broterwerbs die Menschen nicht an die Fabrik festsetzt.

Dabei ist die Fabrik nicht etwa altmodisch. Eben jetzt steht sie mitten in einer großzügigen Nationalisierung. Ein riesiges Hochhaus soll die weit verzweigten Werkstätten und Betriebe aufnehmen, um den Ertrag der Arbeit, die in diesen Werkstätten geleistet wird, zu steigern. Um den Anteil der Arbeiter an Gewinn dieses Werkes zu vergrößern; denn das ist das Besondere an diesem Werk: Seine Arbeit wird nicht getan für irgendwelchen Besitzer. Nicht für eine Reihe unbekannter Aktionäre. Seine Früchte fließen rechts den Arbeitern zu. So nach Alter und Geschlecht und vor allem nach der Länge der Beschäftigung auf dem Werke wird ein Teil des jährlichen Gewinns unter die Arbeiter des Werkes, deren Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche festgesetzt ist, ausgeteilt.

Nicht, daß die Cadbury-Werke ein sozialisierter Betrieb wären. Das nicht, aber der frühere Besitzer war ein Dämon, der sich Gedanken machte über die Menschen und die Verhältnisse, in denen sie leben. Und er fand, daß diese Verhältnisse nicht gut seien. Er fand, daß es ein Unrecht sei, daß einzelner über soviel Geld und Macht zu verfügen, wie sie das kapitalistische System in seine Hand gab, während Tausende gezwungen sind, in engen Höhlen geistig und körperlich zu verkümmern. Und weil es ihm ernst war um seine Erkenntnis, ließ er den Gedanken die Tat folgen. Er überschrieb seinen Anteil am Besitz der Cadbury-Werke seinen Arbeitern, so daß seine Söhne Angestellten des Werkes wurden, das ihnen eigentlich als Erbe überkommen sollte, und daß aus einer Fabrik, die einst wie tausend andere grau und trostlos ihre Schloße gegen den Himmel reckte, die Fabrik im Garten wurde. Denn das sah der alte Cadbury als Hauptfehler an: daß die Menschen zu schlecht wohnen, und er bestimmt, daß alle Überflüsse des Werkes verwendet werden sollen zum Bau von Wohnungen.

Um die Nebelstände zu vermeiden, die er in anderen Siedlungen und Kolonien geschehen, arbeitete er einen genauen Plan aus, der die Bebauung des Landes nur nach genau festgelegten Richtlinien gestattete. So durfte das Land nicht zu dicht mit Häusern bebaut werden; jedes Haus mußte seinen eigenen Garten besitzen; kein Gebäude durfte mehr als ein Viertel des zu bebauenden Grundstücks einnehmen, zwischen den Häusern mußte genügend freier Raum gelassen werden, die Straßen mußten mit Bäumen bepflanzt werden; der zehnte Teil des Landes, abgesehen von Straßen und Gärten, mußte zur Anlage von Parks und Erholungsplätzen angewiesen werden; geeignete Bauplätze mußten für die Errichtung von öffentlichen Schulen freigehalten werden. Eine andere Bestimmung lautete dahin, daß die Fabriken nie mehr als den fünfzehnten Teil der Gesamtfläche einnehmen durften und daß der Verlauf von alkoholischen Getränken in irgendeinem Haus oder Gebäude zu verbieten ist, welches Verbot nur durch die einstimmige schriftliche Einwilligung aller Mitglieder des Verwaltungsrates aufgehoben werden kann.

Nach diesen Bestimmungen kommen ungefähr sieben Häuser auf einen Morgen Land. Es wird dafür Sorge getragen, daß die Dörfer ein malerisches Aussehen erhalten, und alles was dazu beitragen kann, wie Wabshäuser, wird, wo immer möglich, stehen gelassen. Die meisten Häuser haben wenigstens sechs Räume und jedes hat einen eigenen Garten. Die Gärten der neuen Häuser sind alle bei ihrer Errichtung angelegt, Wege gebaut, Umzäunungen angebracht und Obstbäume gepflanzt.

Das Vermächtnis des alten Cadbury erschöpft sich jedoch nicht in der Verwirklichung der angeführten Siedlungspläne. Auch die Verwaltung der Werke wurde in die Hände von männlichen und weiblichen Arbeiterräten gelegt, die von der Belegschaft gewählt werden und denen die Angestellten des Werkes als ausführende Organe unterstehen.

Da nur ein Teil des Reingewinnes für den Wohnungsbau und in Form von Dividenden ausgeteilt wird, bleibt noch genügend Geld übrig, um eine ganze Reihe von Wohlfahrtsanstaltungen

konsequent durchzuführen. So gibt es in unmittelbarer Nähe des Werkes eine große Schwimmhalle, mehrere Tennis- und eine Reihe anderer Spielplätze, eine Freilichtbühne, auf der die Angestellten des Werkes und die Bewohner von Bournville jährlich große Festspiele vor Tausenden von Zuschauern darbieten. Ein großer Speisesaal, der 3000 Personen fasst, gibt den Angestellten des Werkes Gelegenheit, ihre Mahlzeiten, die zu möglichem Preis verabreicht werden, in angenehmer Umgebung einzunehmen. Ein großer Konzertsaal im gleichen Hause dient mit seinen 1200 Plätzen den musikalischen Bedürfnissen der Arbeiter. Räume für Billardspieler und Werksponiatäte sind zahlreich vorhanden. Eine Bibliothek von 7000 Bänden wird fleißig benutzt. Da es in England bis vor kurzem keine Invaliden- und Alterssicherung gab, besteht auch eine Pensionskasse, in die Arbeiter und Firmen gleiche Anteile einzahlen, die Männer im 60., die Frauen im 55. Jahre pensionsberechtigt machen. Weitere unterstützen die Cadbury-Werke einige ähnliche Bestrebungen und eine ganze Reihe internationale Tagungen, die sich nach dem Kriege mit den Problemen der Sicherung des Friedens beschäftigen, wurden durch die Cadbury-Werke finanziert.

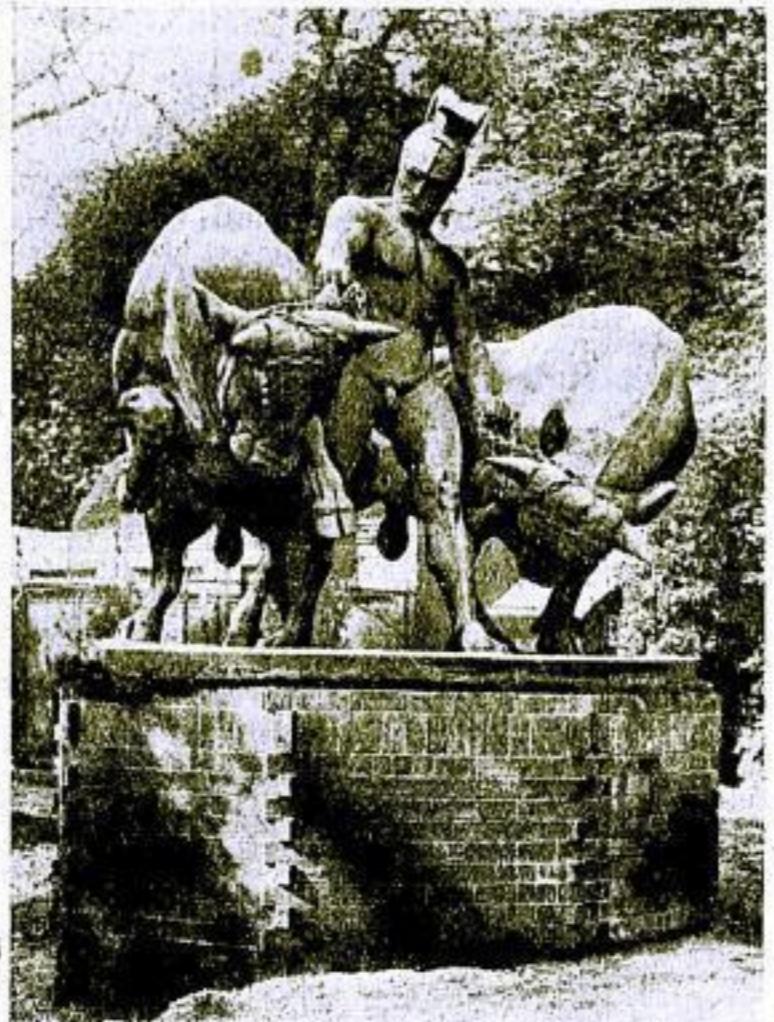
Wenn auch all diese sicher guten und segensreichen Bestimmungen die Lohnarbeit nicht auszuschließen vermöchten und wenn die für der aller Arbeiter dieses großen Werkes in den vollen Gewinn ihrer segensreichen Einrichtungen kommen werden, auch noch in der Zukunft liegt, so ist doch anderseits der Beweis geleistet, daß sozialer Geist und industrieller Fortschritt nicht in Widerspruch stehen, sondern sich geradezu bedingen, weil die Belegschaft eines Werkes, das nicht von den schwankenden Interessen spekulierender Kapitalisten abhängig ist, als jede andere, so es zu erklären, daß die Cadbury-Werke auch nach dem Tode ihres Besitzers und der Durchführung seiner menschenfreundlichen Bestimmungen, ihren Umsatz ständig vergrößern könnten, so daß sie sie einer großen Teil der Schokoladenindustrie Englands kontrollieren. Eine Entwicklung, wie sie auch durch die Entwicklung der Leipziger Werke in Jena, die das deutsche Gegenstück zu den Cadbury-Werken bilden, bestätigt wird, und die, wenn erst die Sozialisten darangehen, in den von ihnen eroberen Ländern auch unabdingig vom guten Willen der Unternehmer ihre Ideen durchzuführen, in noch viel größerem Maße ihre Bestätigung finden wird.

Jason, der Schreckliche

In großzügiger Weise werden seit einiger Zeit im Zoologischen Garten bauliche Veränderungen vorgenommen, die das etwas aufzällige Durcheinander der bisherigen Anlage beseitigen helfen. Eine klare Baugestaltung, die ohne romantische Mäuschen und sonstige Versteigerungen auskommt, ist am Werke. Gebäude und Anlagen sind natürlich und klar geordnet, Schönheit und Zweckmäßigkeits sind überall erfreulich miteinander verbunden.

Für die Tiere sind gefürdernde Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen worden, das Dachhäutchen und die Freizeitgehege sind geradezu ideal zu nennen, wenn man an das eige Käfigdasein der Tiere vorher denkt; diese nützlichen und tierverständlichen Neuerungen sind aber zugleich für den Besucher ästhetische Genussmöglichkeiten. Baurat Bühring, der Architekt der neuen Zooanlage, verdient alle Anerkennung für seine Arbeit, die in einer Zeit sehr mäßiger architektonischer Leistungen in Leipzig, man denke nur an den idyllischen Bau des neuen Großmuseums, sich vorzüglich und erfreulich abhebt.

Nur möchte man wünschen, daß der architektonisch Verantwortliche für den Umbau des Zoos seinen ganzen Einfluß dahin geltend mache, daß das eben aufgestellte plastische Monstrum einer Jasongruppe recht bald wieder verschwinde, aber möglichst in einem



Die Jason-Gruppe im Zoologischen Garten.

Schmelzofen hinein, damit es uns auch nicht an anderen Orten wieder unter die Augen kommen könnte.

So bejahend wir zu den architektonischen Leistungen des sich erneuernden Zoos stehen, so entschieden wehren wir uns gegen die Aufstellung des Monumentaltisches, der die Zahl der schrecklichen Gründerzeitdenkmäler, des Siegesdenkmals am Marktplatz, des hahnenbüchsen Bismarckdenkmals u. a. m. vergrößert.

Diese Jasongruppe, ein Muskelstahl mit Goldhelm bändig! ein paar riesige Stiere, die theatralisch Wildheit markieren, gehört zu den Erzeugnissen des chemisch fauliger Reichsvermögens, jenes großmannsüchtigen Schwulstes, der uns so oft das Gelächter der ganzen gebildeten Welt eingetragen hat.

Es darf nicht sein, daß in einer modernen Bauvorlage ein so dilettantes, politisches Machwerk Aufstellung findet, das in seiner ganzen Gehinnung verlogen und unerfreulich ist. Gibt uns schon der Sagenstoff nichts mehr an, so muß man außerdem feststellen, daß der Verfertiger in seiner Weise in der Lage war, den gewählten Stoff zu gestalten. Die Panoptikumwirkung der Gruppe ist lediglich ein fadens Arrangement, das ganz lächerlich akademisch bewältigt ist, etwa so wie die Stummfilmfiguren irgendwelchen Pferdehändlerclubs; nur ist alles ins Riesengroße gesteigert. Mit der sinn-

losen Vergrößerung zeigen sich auch die Schwächen und Albernheiten um so deutlicher, die Triumphbildhauergeist, die alle Maßstäbe verloren hat, offenbart alles Nichtigste des Erkennenden in erschreckender Weise. Keine Spur von läuferischen Charakter findet man in dem Bronzauslauf dieses machtbefreudten Kleinbürgers, der in seiner Romanticrophologie angetriebene Realismus nicht verwirklichen konnte und das Dekorative mißverstand. Alles in allem, diese Jasongruppe gehört bestensfalls in eine Schredderstammer, die Entartung und Tieftand deutscher Kunst beispielhaft demonstriert soll.

Max Schwimmer

Zwei Schwestern

Von Erich Jucl.

Frau Eberhard wurde sehr alt. Sie war an die neunzig, als ihre Töchter sie zur ewigen Ruhe bettelten.

Das Alter der beiden Schwestern war insgesamt noch höher als das ihrer Mutter. Franziska war in den fünfzigern, Rosita ein paar Jahre jünger.

Sie waren also mündig und konnten über das Erbe verfügen. Frau Eberhard hatte sie wie sechzehnjährige Kinder gehalten, so war es nicht verwunderlich, daß sie aufnahmen, als sie sich jetzt plötzlich erwachsen fühlten.

Sie waren in der Kleinstadt geboren und aufgewachsen, in dem niedrigen Haus, in der einzigen Hauptstraße. Als sie konsumiert wurden, bekam jede einen Mahagonischrank mit einer Altronenhölzereinlage in der großen mittleren inwendigen Deckelplatte.

In Franziskas Tisch war Pyne eingelagert, die den Schlüsselnummern Amor betrachtet — in Rositas ein Herkules, mit der Bestiegung des Löwen beschäftigt.

Die Eltern hatten die Tische bei dem besten Tischler gekauft und gaben sie ihren Kindern mit ruhigem Gewissen. Franziskas Röhrling erhält seinen Platz am rechten Fenster, Rositas Röhrling steht am linken. Am dritten und mittleren saß Frau Eberhard, bis sie nahe an die neunzig kam und zu Herrn Eberhard hinausgetragen wurde, der bereits seit mehreren Jahren seinen Frieden gehabt hatte.

Franziska, die älteste, war diejenige, die ihren Röhrling zuerst bekam — den mit dem schlummernden Amor. Einige Jahre später bekam Rosita den Tisch mit dem eingelagerten Herkules.

Rosita verlor sich natürlich gleich in den schlummernden Amor. Sobald sie irgendwie dazu kommen konnte, bewunderte sie den Tisch der Schwester, öffnete ihn, lüstete die kleinen, inneren Deckelchen.

Kam jemand unerwartet dazu, wenn sie mit der eingelagerten Amorgruppe in der Hand dastand, wurde sie glühend rot.

Franziska lächelte, zuckte und jagte sie fort — natürlich wollte sie ihren Röhrling in Ruhe gelassen haben.

Die Eltern waren in jüngster Zeit in Zweifel, über Rositas Konfirmationsgeschenk — ein Röhrling wie Franziskas. Den bekam sie dann auch, sie bekam den mit dem Herkules.

Nun hätte man meinen sollen, die beiden Schwestern wären aufgestanden gewesen. Aber im Gegenteil! Jetzt wurde Franziska oft am Rositas Röhrling überrascht wie Rosita früher an Franziskas, und wie Franziska früher gejohrt und gejubelt und die Schwester fortgewichen hatte, so übte diese nun Vergeltung, und die beiden lagen einander ständig in den Haaren.

Auch Rosita hielt sich nicht von Franziskas Röhrling fern — sie, die doch jetzt ihren eigenen hatte. Es war völlig unverständlich.

Herr Eberhard machte sich davon, ohne eine Erklärung zu finden, und Frau Eberhard verbrachte ihre langen Witzenjahre am mittleren Fenster zwischen den Schwestern, ohne sie zu verstehen und ohne etwas von der Tragödie zu ahnen.

Als Frau Eberhard gestorben war, sollte gefeiert werden. Zwei Schwestern, die die Erbschaft ein halbes Jahrhundert zusammen bewohnt hatten — man hätte meinen sollen, sie könnten einig werden. Aber nein.

Da es auch zwei Rechtsanwälte in der Stadt gab, so war es ganz natürlich, daß beide Rundschau bekamen.

Franziska ging zu dem großen und gutgewachsenen mit der herkulischen Gestalt. Rosita suchte seinen zarten und weichen, aber spitzfindigen Konturen auf.

Es war keine Rede von Friedensschluß, oder Vermittlung oder gütlicher Teilung, der Hinterlassenschaft der Mutter. Die beiden Rechtsanwälte waren sich sowohl über die Uneinigkeit einig und auch darüber, daß alles mit Stumpf und Stiel auf eine große Auktion käme und die Ausbute geteilt würde.

Ja, selbst was man als persönliches Eigentum ansahne mußte — der Amoretisch und der Herkulesisch — wurden von den beiden Juristen als Gemeinschaftsgut bezeichnet. Also Frau Eberhards Hinterlassenschaft kam auf die Auktion.

Die Einwohnerschaft der Stadt war stark interessiert und spaltete sich sogar in zwei Parteien — Franziskas und Rositas — das war ganz natürlich. Und die beiden Schwestern zogen von Hause fort, die eine in den westlichen, die andere in den östlichen Teil der Straße — auch das war ganz natürlich.

Franziska hielt Rosita mit ihren Freunden und Rosita mit den ihren und womit man sich vorzugsweise beschäftigte, das waren natürlich die Tische.

Franziskas Truppen sollten sich auf der Auktion treffen, mitspielen und den Herkulesisch kaufen. Rositas sollten den Gott Amor erwerben.

Franziskas Jurist, der nicht dummi war, machte ein Zeichen an den gewünschten Tisch, und Rositas Rechtsanwalt, der als recht spitzfindig galt, ließ heimlich die Einsätze vertauschen.

Sie pachten genau, hatten daselbe Maß. Die beiden Tische waren die Gegenstände, für die auf der Auktion die höchsten Preise erzielt wurden, dont den zwei Parteien, die sich ständig überboten.

Der Auktionator, der hier fremd war, konnte das gar nicht begreifen.

Aber Franziska und Rosita sind genau so weit wie zuvor. Franziska sieht im Westen mit ihrem zarten Amoretisch, von Pyne beleucht — eingelagert in Altronenhölz — und Rosita im Osten mit dem muskulösen Herkules, und die beiden Schwestern kennen einander nicht, selbst wenn sie auf dem Wege zur Kirche einander begegnen.

(Autorisierte Übersetzung aus dem Dänischen von D. Lüschütz.)

Leipziger Filmschau

Die photographischen Raffinements verdecken nicht die inhaltliche Substanzlosigkeit von Sonne, Süden, Leidenschaft. Das Liebesdreieck zwischen einer Tänzerin, einem Spielbankhalter und einem erschöpflichen Präsidenten spielt in einer jener operettartigen südamerikanischen Republiken, die in der verleumderischen Propaganda amerikanischer und europäischer Imperialisten entstehen. In Wirklichkeit sehen sie ganz anders aus. Dieser technisch glänzend gemachte Film übersteigt in seiner ideologischen Minderwertigkeit die Grenze des Erlaubten. (Colosseum.)

Die Regiearbeit der Geschwister Fleck war einmal eine Hoffnung für den deutschen Film. Sie sei hiermit begraben. Haben die Herrschaften geglaubt, daß wir auf einen neuen jüdischen Film verfallen? Die Liebe einer Weise war, nach einer Operette des Fabrikanten vom Augenlärm-Puppchen geschützt, befreit sich mit drei albernen Viechesäulen aus den feurigen Kreisen, die durch ein bisschen Militärpatriotismus und ein paar Schwanwisse schmachhaft gemacht werden sollen. Ein fetter Soppen für die Schauspielerinnen.

Hl.

Gewitter über der Arbeiterbank

G. F. Im Frühjahr des Jahres 1923, als ein beträchtlicher Teil der Finanzkraft der Gewerkschaften bereits vernichtet war und die Gefahr bestand, daß auch der Rest noch zugunsten der Inflationsgewinner ausgezehrt würde, ist vom ADGB in Gemeinschaft mit dem Afabund eine eigene Bank unter der Firma Deutsche Kapitalverwertungs-G. m. b. H. später in eine Aktiengesellschaft mit dem Namen Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG umgewandelt, gegründet worden. Sie verdankt ihre Entstehung der Initiative des Genossen Bern Meyer, der den Plan entworfen hatte, mit der Leitung betraut worden war und unter dessen Führung das Unternehmen eine erstaunlich rasche und glänzende Entwicklung genommen hat. Es kann geradezu als ein Glücksfall angesehen werden, daß es den Gewerkschaften gelungen war, als Vater der Arbeiterbank einen Mann zu finden, der intime Fachkenntnisse mit vollkommener Hingabe an die Sache der Arbeiterbank verbindet.

Vor einigen Tagen wurde die Deöffentlichkeit von einem Artikel der Noten Fahne überrascht, wonin die Entlassung des Genossen Bern Meyer mitgeteilt worden war. Zwei Tage später, am 8. Juni, bringt der Vorwärts eine kurz gefasste Notiz, wonin bestätigt wird, daß Genosse Bern Meyer aus dem Vorstand der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. ausschieden und daß sein Ausscheiden „wegen fachlicher Differenzen“ erfolgt sei.

Genosse Meyer hat dem Institut gerade in der schwersten Zeit des Anfangs, in den ersten zwei Jahren, allein vorgestanden. Erst Anfang 1925, also als die Schwierigkeiten des Beginns schon überwunden, die Grundlagen des Unternehmens gesichert waren und die Geschäfte der Bank einen Umsatz angenommen hatten, der von einem einzigen Leiter nicht mehr bewältigt werden konnte, wurde ihm ein zweiter Direktor in der Person des schlagenden Geschäftspolitik von der des Dr. Bachem unterstellt.

Geheimrat Dr. Bachem zur Seite gestellt. Dr. Bachem ist im Gegensatz zu Meyer kein Fachmann, er ist Beamter, vor dem Kriege als Staatsanwalt, nachher im preußischen Finanzministerium und im Reichswirtschaftsministerium tätig gewesen. Genosse Meyer war vor seinem Eintritt in die Bank bereits jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig und aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Dr. Bachem ist erst nach seinem Eintritt in die Bank vor etwa einem Jahr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden.

Die Differenzen zwischen den beiden Direktoren bestehen schon seit langer Zeit. Sie sind schließlich so schwerwiegend geworden, daß eine Zusammenarbeit der beiden Direktoren unmöglich war. Der erste Direktor verläßt nun das von ihm gegründete Unternehmen, um dem zweiten, dem Fachmann, um dem Nichtfachmann Platz zu machen. Der Sozialist scheitert aus, um dem Nationalsozialisten das Feld zu räumen. Diese Gestaltung der Dinge läßt sich nur rechtfertigen, wenn tatsächlich, wie der Vorwärts meldet, „fachliche Differenzen“ zugrunde liegen. Sachliche Differenzen — das kann doch nur bedeuten, daß unter den beiden Direktoren eine Einigung über die Grundzüge der Geschäftsführung nicht erzielt werden konnte. Wenn der erste Direktor ausscheidet, so folgt daraus, daß eine Änderung in der Geschäftspolitik eintreten muß, und zwar eine Änderung, die der Auffassung des zweiten Direktors entspricht und die dieser bisher dem ersten Direktor gegenüber nicht hat durchsetzen können. Es handelt sich also um einen Vorgang von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Arbeiterbank und für die Verwendung der Gelder, die die Arbeiterorganisationen ihr anvertrauen und die Teile von Arbeitern einkommen darstellen. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, Aufführung darüber zu verlangen, welcher Art die sachlichen Differenzen gewesen sind, die zum Ausscheiden des Genossen Meyer geführt haben, und in welcher Weise sich seine Auffassung über die einzige

Diese Auflösung ist um so notwendiger, als wie wir wissen, Genosse Meyer nicht freiwillig, sondern einem Druck folgend, die Bank verläßt. Aber nicht nur auf ihn, auch auf die Mehrheit der Organisationsvertreter im Aufsichtsrat ist ein Druck ausgeübt worden, dem Ausscheiden des Genossen Meyer zugestimmt, denn sie sich nur widerwillig gefügt haben. Geheimrat Bachem hatte schon vor längerer Zeit mehrmals seine Demission eingereicht. Es ist nur vom Aufsichtsrat beschlossen worden, sein Rücktrittsgesuch nicht zu bewilligen, bis ein neuer Vorstand zustande kommt und dem Ausscheiden des Genossen Meyer zugestimmt. Der Druck, der diesen Beschluss zustande gebracht hat, ist vom Genossen Leipart ausgeübt worden, der mit seinem eigenen Rücktritt drohte, falls der Rücktritt des Genossen Bern Meyer nicht erfolgt. Auf diese Weise hat er sowohl die widerständige Mehrheit des Bundesvorstandes wie den Aufsichtsrat seinem Willen gefügt gemacht. Es soll also ein neuer Direktor gefunden werden, aber es ist Gefahr im Verzuge, daß der Rücktritt Bachems, auch wenn der neue Direktor gefunden ist, nicht erfolgt, daß vielmehr die Auswahl des neuen Mannes so vorgenommen wird, daß Bachem von der zweiten auf die erste Stelle rückt.

Mehr als jede private Bank beruht die Existenz der Arbeiterbank auf dem Vertrauen der Organisationen und der Schichten, die als Einleger der Bank in Betracht kommen, hauptsächlich also der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterschaft überhaupt. Dieses Vertrauen sich zu erwerben, war gerade dem Genossen Meyer in hohem Maße gelungen. Um der Arbeiterbank das Vertrauen auch nach dem Ausscheiden des Genossen Meyer zu bewahren, wäre es dringend erforderlich, daß über die Umstände, die zu seinem Ausscheiden geführt haben, Aufklärung gegeben wird.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung über Abänderung der Verkehrsordnung für die Stadt Leipzig vom 15. Januar 1928.

Im Anhang I 1 E. Abs. 4, Ziffer 2, für die Burckstraße, wird Parkplatz Schloßgasse aufgehoben und dafür als Parkplatz bestimmt.

Mitte Markgrafenstraße zwischen Burgplatz und Schillerstraße, die Wagen haben in einer Reihe Straßenmitte, Fahrbahnung Burgplatz aufzufahren, sowie weiterhin die Nordseite der Lotterstraße, Fahrbahnung Weitstraße.

Anhang I 1 E. Abs. 4, neue Ziffer 17, für die Hartfortstraße. Als Parkplatz für das Landgericht, Hartfortstraße, wird die westliche Seite der Hartfortstraße zwischen den Straßenbahnmasten am Ende des Reichsgerichtsplatzes angewiesen. Die Aufstellung hat parallel zur Straße zu erfolgen. Das Befahren des Reichsgerichtsplatzes ist nach wie vor verboten. Ebenso das Parken an der Ostseite der Hartfortstraße (vor dem Landgericht).

Anhang I 1 E. Abs. 4, neue Ziffer 18. Außerdem wird der nördliche Teil des Fleischersplatzes als bewachter Parkplatz eingerichtet. Anfahrt von der Völkingstraße aus, Abfahrt nach der Promenade (siehe Beschilderung).

Anhang I 1 E. Abs. 4, neue Ziffer 19. Außerdem ist auf dem Burgplatz Kreisverkehr eingerichtet worden. Auf § 4, Ziffer 6, der Verkehrsordnung wird verändert.

Die vorliegenden Änderungen treten mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Leipzig, den 10. Juni 1928.

B.R. II 2537 Das Polizeipräsidium.

Die diesjährigen Kirchennachrichten an den Stadtkirchen im Bezirk des Straßen- und Wasser-Bauamtes Leipzig sollen wie folgt versteigert werden:

Sonnabend, den 16. Juni 1928, 9.30 Uhr, im Gartenzaule des Panoramas in Leipzig, Kohlplatz Nr. 5, für die Straßen in den Amtsstraßenmeisterbezirken Leipzig-Nord, Süd und West.

Montag, den 18. Juni 1928, 9.30 Uhr, im Galathof „Welschlöhnen“ in Golditz, für die Straßen des Amtsstraßenmeisterbezirks Golditz.

Montag, den 18. Juni 1928, 13.30 Uhr, im Galathof „Stadt Leipzig“ in Grimma, für die Straßen des Amtsstraßenmeisterbezirks Grimma.

Montag, den 18. Juni 1928, 17 Uhr, im Galathof „Zur Post“ in Wurzen, für die Straßen des Amtsstraßenmeisterbezirks Wurzen.

Mittwoch, den 20. Juni 1928, 9 Uhr im Galathof „Zum Kronprinz“ in Groitzsch, für die Straßen des Amtsstraßenmeisterbezirks Groitzsch.

Mittwoch, den 20. Juni 1928, 12.30 Uhr im Galathof „Zimmerhof“ in Borna für die Straßen des Amtsstraßenmeisterbezirks Borna.

Mittwoch, den 20. Juni 1928, 16 Uhr in Bergs Galathof in Frohburg für die Straßen des Amtsstraßenmeisterbezirks Frohburg.

Städtisches Straßen- und Wasser-Bauamt Leipzig.

Bekanntmachung über den Tarif für Pferdedroschen.

Auf Grund der §§ 37 und 76 der Reichsgesetzverordnung wird in Übereinstimmung mit dem Rat der Stadt Leipzig folgendes bestimmt:

Der für Pferdedroschen nach der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1923 festgelegte Tarif wird aufgehoben.

Die Pferdedroschen haben nach dem Tarif für Großfachtdroschen vom 30. März 1928 zu fahren. Die Grundätze wird auf 40 Pf. festgesetzt. Am übrigen gelten alle Bestimmungen des Tarifs und der Droschenordnung für die Stadt Leipzig vom 1. Juni 1927.

Die vorstehende Abänderung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Leipzig, den 8. Juni 1928.

V.R.II 1238 Das Polizeipräsidium.

Groitzsch Elternratswahl in Groitzsch besteht.

Zu der am 17. Juni, vorm. 10 bis nachm. 3 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses stattfindenden Elternratswahl sind zwei Wahlvorschläge eingegangen, die hierdurch bekannt gegeben werden:

Liste A.

1. Otto Schünke, Dr. med. Groitzsch, Bahnhofstraße.

2. Paul Junold, Kaufmann, Groitzsch, Altenburger Str.

3. Koch n. Einsiedel, Mechanik., Groitzsch, Flugklinik.

4. Bruno Morens, Kaufmann, Groitzsch, Bornauer Str.

5. Alfred Sonntag, Gutsbesitzer, Schön-Trebnitz.

6. Robert Althaus, Kaufmann, Groitzsch, Bahnhofstraße.

7. Lüdin Stöve, Ehefrau, Groitzsch, Heldstr.

8. Oskar Winkler, Schuhmacher, Groitzsch, Altenburger Str.

9. Oskar Winkler, Heizer, Groitzsch, Lindenplatz.

10. Max Hermann, Kaufmann, Groitzsch, Leipziger Str.

11. Otto Urnhaus, Geschäftsgeb., Groitzsch, Lindenplatz.

12. Otto Lettau, Betriebsleiter, Groitzsch, Langenstr. Str.

13. Alfred Gerth, Gutsbesitzer, Schön-Trebnitz.

14. Edwin Köhler, Gutsbesitzer, Groitzsch, Markt.

15. Rosa Berthel, Ehefr., Groitzsch, Markt.

Liste B.

1. Hermann Bussek, Buchdr., Groitzsch, Angerstraße.

2. Hedwig Heiner, Ehefrau, Groitzsch, Heldstraße.

3. Reinhard Büne, Schuhmacher, Groitzsch, Wollert Str.

4. Martha Schubert, Ehefrau, Groitzsch, Altenburger Str.

5. Walter Elz, Schlosser, Groitzsch, Sophie-Strasse.

6. Frieda Wieding, Ehefrau, Groitzsch, Wollert Str.

7. Georg Gröbner, Graveur, Groitzsch, Wollert Str.

8. Otto Reding, Schlosser, Groitzsch, Zeitzer Str.

9. Kurt Germer, Schlosser, Groitzsch, Angerstraße.

10. Max Lebus, Schuhmacher, Groitzsch, Windm. Str.

11. Otto Richter, Geschäftsführer, Groitzsch, Querstraße.

12. Marie Nollank, Ehefrau, Groitzsch, Zeitzer Str.

13. Richard Döbler, Schlosser, Groitzsch, Altenburger Str.

14. Max Reinhardt, Metallarb., Groitzsch, Schleiferstr.

15. Edwin Hefel, Buchdrucker, Groitzsch, Wollert, Str.

Wahlleiter ist Schulleiter E. Jacob und dessen Stellvertreter Oberlehrer P. Wachs.

Groitzsch, den 11. Juni 1928

Der Wahlvorstand.

Zweinaundorf. Straßenverrung. Zeile bleibt ab 12. Juni d. J. auf die Damel der Wasserleitungsbauarbeiten für allen durchgehenden Betrieb gesperrt.

Zum Verhandlungstag, am 9. Juni 1928.

Der Gemeinderat.

Cröbern Die Kirchennutzung der Gemeinde Cröbern in der Bornaischen Straße soll verändert werden. Veränderte Angebote werden bis 15. Juni 1928 ans Gemeindeamt erbeten. Gemeinderat Cröbern b. Leipzig.

Infolge unseres enormen Umsatzes sind wir in der Lage, folgende Wagen preiswert abzugeben:

4/14 EGO	900.-
6/30 FIAT	2300.-
6/30 FIAT	2900.-
12/36 STOEWER-	2400.-
Limousine, passendes Mietwagen	R.M.
12/40 STEYR	3000.-
abnehmbare Limousine	R.M.
13/35 REX SIMPLEX	2400.-
Innensteuerlimousine, Götzen	R.M.
13/60 BUICK-Touring	6800.-
fabrikneu, Modell 27	R.M.
13/60 BUICK-Touring	5500.-
wenig gefahren	R.M.
14/30 BENZ-Limousine	2450.-
gut im Lack	R.M.
14/40 PRESTO-	2000.-
Lieferwagen, neu bereit	R.M.
16/70 BUICK	4950.-
abnehmbare Limousine vollkommen neuüberholt	R.M.

Die Wagen sind fahrfertig und befinden sich in sehr gutem Zustand. Weitere gebrauchte Wagen für alle Zwecke haben wir präpariert an Hand und werden Sie von mir in jeder Weise groß bedient, denn unser Motto ist:

Kleine Verdienstspanne, schneller Umsatz!

AUTOVERTRIEB

MAX ADLER

Lipzig C 1, Zeitzer Straße 3

Ruf: 360 25, 360 55

Spezialreparaturwerk für Buick- und Oldsmobile

nach amerikanischem System

Lipzig O 27, Albrechtshainer Straße 98

Ruf: 627 18

Berband für Freidenkerum u. Feuerbestattung

Ortsgruppe Leipzig.

Mittwoch, den 18. Juni 1928, 19.30 Uhr im großen Saale des Volkshauses.

Achtung! Achtung! Achtung!

Unsere Bureauräume sind wegen Umbau am 18.

19. und 20. Juni geschlossen. Die neuen Räume befinden sich im Südtürmchen des Gemeindesaales in der zweiten Etage.

Bis zur Fertigstellung des Umbaus sind die neuen Büroräume nur über die Treppe beim Nebenausgang links zu erreichen.

Wir ersuchen, dies in den Betrieben bekanntzugeben.

Die Ortsverwaltung.

Ausschneiden u. in den Betrieben zirkulieren lassen

Heute früh 9 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, lieber Sohn, Schwiegersonn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaulmann

FRANZ THEIN

Leipzig W 33, Radiusstraße 15, den 9. Juni 1928

In tiefer Trauer

Elise Thein geb. Biermann

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen



Die Elternratswahlen

Die Leipziger Elternratswahlen vom gestrigen Sonntag haben folgendes Ergebnis gebracht: Liste für die weltliche Schule (SPD): 21 463 Stimmen (1927: 23 292), Christliche Liste 21 985 (25 087), KPD-Liste 6225 (5289). Die Mandate verteilen sich: SPD 289 (305), Christen 284 (311), KPD 73 (48).

Die Rückwärtsentwicklung der sogenannten Christlich-Unpolitischen hat auch in diesem Jahre einen erfreulichen Fortschritt gemacht, an 39 von 56 Schulen (im Vorjahr an 32) bestehen weltliche Mehrheiten. Die Liste der "Neutralen", die im Vorjahr schon kein Mandat erringen konnte, hatte sich diesmal gar nicht mehr angemeldet. Es war ein politischer Kampf, der gestern ausgetragen wurde. So erstaunlich die Tatsache auch ist, daß der "christliche" Einfluss weiter zurückgedrängt worden ist, so kann doch das Ergebnis uns keinesfalls befriedigen. Die SPD-Liste hat Stimmen verloren, die KPD-Leute haben gewonnen. So unbedeutlich diese Verschiebung auch sein mag: die vielerorts vorhandene Passivität innerhalb der sozialdemokratischen Elternschaft muß verschwinden. Die organisatorische Leitung der sozialdemokratischen Elternratsbewegung in Leipzig hat getan, was sie zu tun hatte. Sie trifft keine Schuld. Aber die Parteilosen dürfen nach einem gut überstandenen Reichstagswahlkampf nicht auf den Vorbeeren austrücken!

Es kommt hinzu, daß die KPD aus der Verbindung mit der SPD-Liste für die Mandatszahl profitierte und es bleibt der unerhörte Vorgang, daß, wie uns mitgeteilt wird, die Kommunisten an den Schulen, wo sie selbst keine eigene Liste hatten, oft lieber ungültige Stimmzettel abgaben, als für die SPD-Listen zu stimmen. Der Rückgang der SPD-Stimmen ist unbedeutlich, das nächste Jahr muß uns einen tüchtigen Ruck nach vorn bringen!

Die Entwicklung der Leipziger Elternräte

wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Jahr	Christlich	SPD	KPD	Wahlberechtigte	Gewählt
1926	322	260	70	77 617	50 916
1927	311	305	48	80 955	54 098
1928	294	290	73	82 096	50 489

Wie immer: Nur Fassade

Die UMN auf der Kölner Presse-Ausstellung

Von einem Leipziger Besucher der Kölner Presse wird uns geschrieben:

Wie bekannt, sind auf der Kölner Presse fast sämtliche deutschen Zeitungen vertreten. Da dürfen natürlich auch die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht fehlen. Die Vertretung erfolgt in sehr angemessener Form. Wenn man das Ausstellungsgelände betritt, so sieht man in der großen Presse-Straße gleich an der ersten Stelle einen "großen Bau" der Leipziger Neuesten Nachrichten. Der unschuldige Besucher fühlt sich zu diesem Bau hingezogen und denkt, einmal näher hinzuschauen zu müssen, was die "Neuesten" auf der Presse zu bieten wissen. Wer aber beschreibt die Bewunderung der meisten Besucher, die bei näherem Zusehen feststellen müssen, daß der Bau der "Neuesten" nichts als eine ganz gewöhnliche Fassade und - Täuschung ist.

Während die meisten anderen Aussteller nicht nur Wert auf eine große äußere Aufmachung legen, sondern auch innen Gütes zu bieten versuchen, haben sich die "Neuesten" ihrer Aufgabe nur so entledigt, daß sie auch auf der Presse dem Publikum etwas vor machen. Wie immer: Nur die Fassade ist es, die die wahre Inhaltlosigkeit gewisser bürgerlicher Blätter verbirgen soll, und das große Publikum lädt sich leider noch immer auf den Leim führen, was die Abonnentenzahl beweist, die die UMN auf der Presse angegeben in der Lage sind. Ihr Bau auf der Presse soll wer weiß was darstellen und in Wirklichkeit ist es nur eine hohe Mauer, die etwas vortäuschen soll, hinter der aber gar nichts steht.

Man hat die verschiedenen Besucher der Presse über eine solche Irreführung schimpfen hören, denn der kleine Raum, der wirklich vorhanden ist, enttäuscht nicht die Mühe, den Pavillon überhaupt aufzugehen zu haben. Der hohle Turm, der an der Fassade noch angebracht ist, ist nur ein weiterer Beweis dafür, mit welchen Mitteln die UMN ihre Leser nicht nur in ihren Spalten förfüllen, sondern die Irreführung sogar auf der Presse betreiben!

Auf die Bemerkung eines Pressebesuchers zu dem Vertreter der UMN auf der Presse, daß doch die UMN das Schwindeln nicht lassen können, wußte der Vertreter nichts zu erwidern! Er schwieg in allen Tonarten. Sollte auch in diesem Fall das Schweigen Zustimmung bedeuten?

Wie ganz anders sieht es da doch im Haus der Arbeiterpresse aus! Hier ist alles echt und kraftvoll, wie die ganze sozialistische und freigewerkschaftliche Bewegung. Das Haus der Arbeiterpresse hat zwar auch eine Fassade, aber eine Fassade, die nichts vorzutäuschen versucht, sondern den klaren Willen nach Wahrheit und Aufrichtigkeit zum Ausdruck bringt. Hinter den Mauern verbirgt sich hier nicht etwa leere Hohlheit, sondern der Raum ist groß und weit; alle sozialistischen Zeitungen liegen aus, und viele Besucher aus Sachsen und anderen Ländern greifen gern nach der Leipziger Volkszeitung, die selbstverständlich hier auch vertreten ist.

Der ganze Raum und sein Inhalt, in dem auch unser Pressefilm aufgeführt wird, ist so kraftvoll gestaltet und so außergewöhnlich, daß uns wieder einmal so recht die Gegenläufige bewußt wurden: hinter der Fassade der UMN Hohlheit, wie sie sich in großen Teilen des Bürgertums widerspiegelt, im Haus der Arbeiterpresse aber lebendiges aufsteigendes Leben, wie es in der sozialistischen Bewegung zum Ausdruck kommt — in jener Bewegung, der Zukunft gehört!

Wenn doch alle schaffenden Menschen endlich erkennen würden, daß sie in Wahrheit nichts mit der trügerischen Fassade des Bürgertums zu tun haben dürfen, daß sie mitten hinein in das Leben der kämpfenden Arbeiterklasse gehören!

J. M.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Dienstag, den 12. Juni im Volkshaus, 19.30 Uhr. Foyerabendausgabe für Hannover.
Der Gauvorstand.

Anstelltenversicherung

Von Walter Krause, Stettin.

Das Gesetz vom 29. März 1928 bringt eine Erhöhung der Leistung durch Erhöhung der Steigerungssätze und des Beitrages für den Kinderzuschuß. Es ist durchaus zu begrüßen, daß man auch in diesem Falle wieder nicht den Weg einer gleichmäßigen Erhöhung aller Ruhegelder durch Erhöhung des Grundbetrages gewählt hat, sondern daß die Steigerungssätze erhöht werden, das heißt, der für jeden Monatsbeitrag bei der Rentenberechnung anzurechnende Betrag. Nachstehend die neuesten Bestimmungen.

Früher konnte sich der Angestellte, wenn er stellunglos war, in der niedrigsten Klasse (A) weiterversichern. Das ist heute ausgeschlossen. Freiwillige Beiträge für die Zeit vom 1. April 1928 an sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Gehaltsklasse B zu entrichten. Halbversicherte haben freiwillige Beiträge in der dem halben Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Gehaltsklasse B zu zahlen. Die Gehaltsklasse B ist also vom 1. April 1928 an nur für Personen ohne Einkommen, für Vollversicherte mit einem Monatseinkommen bis zu 100 RM. und für Halbversicherte mit einem Monatseinkommen bis zu 200 RM. zulässig. Nach oben steht die Wahl der Gehaltsklasse frei.

Soweit noch freiwillige Beiträge für die Zeit vor dem 1. April 1928 zulässig sind, sind sie mindestens in der Gehaltsklasse zu zahlen, die dem Durchschnitt des Geldbetrages der letzten vier Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt. Wenn der Durchschnitt in der Mitte zwischen zwei Gehaltsklassen liegt, steht dem Versicherten die Wahl zwischen den beiden Gehaltsklassen frei. Die für die Zeit vor dem 1. Januar 1924 gezahlten Papiermark-Beiträge werden bei dieser Durchschnittsberechnung mit je 2 Reichsmark (neue Gehaltsklasse A) gerechnet.

Die freiwillige Weiterversicherung ist in einer niedrigeren Gehaltsklasse als derjenigen, die dem Durchschnitt der letzten vier Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt, dann zulässig, wenn der Versicherter nachweist, daß diese Gehaltsklasse seinem Einkommen entspricht. Ist ein Versicherter nachweislich ohne Einkommen, so ist die freiwillige Weiterversicherung bis zum 31. März 1928 in der niedrigsten Gehaltsklasse zulässig.

Wer berufsunfähig ist, darf sich nicht freiwillig weiterversichern; ferner darf er mehr als ein Jahr zurückspringen. Freiwillige Beiträge nicht entrichtet werden. Insoweit, als freiwillige Beiträge zur Aufrechterhaltung einer bedrohten Anwartschaft erforderlich sind, können sie innerhalb der zwei Kalenderjahre nachentrichtet werden, die dem Kalenderjahr der Gültigkeit der Beiträge folgen. Die Reichsversicherungsanstalt kann aber zur Vermeldung unbilliger Härtien bis zum Ablauf des Jahres 1930 in den Räumen, in denen die Wartezeit nicht erfüllt ist, aber mindestens 100 Pflichtbeiträge geleistet sind, im Leistungsfalle die Entrichtung freiwilliger Beiträge auch nach Eintritt der Berufsunfähigkeit zulassen.

Verlorene Anwartschaft

Alle in der Angestelltenversicherung erworbenen Anwartschaften gelten bis zum 31. Dezember 1925 (früher hieß es 1923) — als aufrechterhalten. Sonst ist die Anwartschaft aufrechterhalten, wenn der Versicherer vom 2. bis 11. Kalenderjahr seiner Versicherung mindestens je acht und später mindestens je vier Beitragsmonate während eines Kalenderjahrs nachweist. Als Beitragsmonate in diesem Sinne gelten außer den Monaten, für die Beiträge entrichtet sind, auch die Monate, während denen gewisse Erfahrtssachen bestanden haben (z. B. Krankheit, Bruch einer staatlich anerkannten Lehranstalt) sowie die Beitragszeiten bei der Invalidenversicherung, sofern sie nicht mit den in der Angestelltenversicherung für die ausgewiesenen Beitragsmonate voll zusammenfallen. Stellenlosigkeit gilt nicht als Erfahrung. Für Arbeitslose hat die Gemeinde aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung die zur Erhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge zu zahlen.

Beispiel: Ist ein Angestellter erstmalig im Jahre 1918 in die Versicherung eingetreten, so müssen in den Jahren 1926 bis 1928 mindestens je acht und vom Jahre 1929 ab mindestens je vier Monate während eines jeden Kalenderjahrs mit Beiträgen oder Entnahmen (Krankheit usw.) belegt sein.

Sofern ein Versicherter die Wartezeit noch nicht erfüllt hat, ist dringend zu empfehlen, für sämtliche Monate Beiträge zu entrichten.

Wie steht sich das neue Ruhegeld zusammen?

Das jährliche Ruhegeld besteht aus einem Grundbetrag von 180 RM., aus Steigerungsbeträgen in Höhe von 10 Prozent der Beiträge für die Zeit vom 1. Januar 1924 an und aus dem Kinderzuschuß von 120 RM. für jedes Kind bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahr. Über das fünfzehnte Lebensjahr hinaus wird der Kinderzuschuß gewährt, solange der Versicherer das Kind überwiegend unterhält und es

a) Schul- oder Berufsausbildung erhält — längstens bis zum vollendeten 21. Lebensjahr —, oder

b) infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu erhalten.

Über der Kinderzuschuß wird nicht gewährt, soweit das Ruhegeld einschließlich des Kinderzuschusses den höchsten Jahresarbeitsverdienst der höchsten Gehaltsklasse übersteigt, welcher der Versicherer nicht vorübergehend angehört hat; bei der Gestaltung dieses Höchstbetrages werden Juschläge, die mit Rücksicht auf die Kinderzahl gegeben werden, vom Jahresarbeitsverdienst nicht abgezogen.

Zu vorstehenden Leistungen treten noch Zusatzsteigerungsbeträge für Beiträge der Gehaltsklassen A bis J aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 in Höhe von:

0,50 RM. in Gehaltsklasse A	• • • • •	= 1,60 Mark
0,75 " "	C	= 3,20 "
1 " "	D	= 4,80 "
1,25 " "	E	= 6,80 "
2,50 " "	F	= 13,20 "
3 " "	G	= 16,90 "
4 " "	H	= 20 —
	J	= 26,60 "

Bei Wanderversicherten, d. h. bei solchen Versicherten, für die Beiträge zur Angestelltenversicherung und zur Invalidenversicherung entrichtet wurden, treten zu vorstehenden Leistungen im Regelfalle noch die Steigerungsbeträge aus den gültig zur Invalidenversicherung entrichteten Beiträgen hinzu, und zwar aus den Beiträgen

a) für die Zeit bis zum 30. September 1921

in Lohnklasse I 3 Reichspfennig,
in Lohnklasse II 6 Reichspfennig,
in Lohnklasse III 12 Reichspfennig,
in Lohnklasse IV 18 Reichspfennig,
in Lohnklasse V 27 Reichspfennig,

b) für die Zeit seit dem 1. Januar 1924 20 Prozent.

Die Rentensteigerung gilt nicht bloß für die seit dem 1. April 1928 festgestellten Renten, sondern auch die vor diesem Zeitpunkt bewilligten: Am 1. Juli 1928 noch laufende Renten sind nach den neuen Sätzen umzurechnen, falls der Mehrbetrag der Erhöhung mindestens 1 RM. beträgt. Schlußendlich erhält der Ruhegeldempfänger einen neuen Beleid. Im Gegenseite zur Invalidenversicherung, bei der das Reich die Kosten der Rentenerhöhung mit 100 Millionen trägt, fallen die Gefamtothen der Rentenerhöhung in der Angestelltenversicherung der Reichsversicherung für Angestellte allein zur Last.

Bei Wanderversicherten, d. h. bei solchen Versicherten, für die Beiträge zur Angestelltenversicherung und zur Invalidenversicherung entrichtet wurden, treten zu vorstehenden Leistungen im Regelfalle noch die Steigerungsbeträge aus den gültig zur Invalidenversicherung entrichteten Beiträgen hinzu, und zwar aus den Beiträgen

wollen betreiben müssen; ganz anders aber als ein Prospekt oder Vortrag, ganz anders auch als eine gelegentliche Vorführung von Maschinen oder bildliche und statistische Darstellung der Erfolge gewisser Verfahren, wirkt eine Ausstellung, die auf verhältnismäßig engem Raum alles bietet, was der Produktivität der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden kann. Nicht jeder Landwirt kann jedes beliebige ihm angebotene neue Verfahren anwenden. Und es sind nicht allein finanzielle Gründe, die stark hindernd auftreten. Auch die Verschiedenartigkeit der Böden, der Terrainschaffenlassen nicht jedes Mittel überall anwendbar machen. Eine Ausstellung aber, die so vieles bringt, wird auch manchem etwas bringen.

Doch dies auch bei der Leipziger landwirtschaftlichen Ausstellung der Fall war, ist aus der starken Beteiligung zu schließen.

Insgesamt haben an die 350 000 Interessenten die Ausstellung besucht. Der Besuch steigerte sich von Tag zu Tag reger. Am ersten Tage wurden 13 046 Besucher vermerkt. Am zweiten Tag waren es 30 228 Besucher, am dritten Tag 65 862, am vierten Tag 68 674, am fünften Tag 80 978, am sechsten Tag etwa 90 000.

Ein seltsamer Mischling im Zoo

Auf der Büffelwiese des Zoo zwischen Dickehäuterhaus und Planetarium ist in der Gesellschaft eines jungen Grünzochsen, eines Steppenrandbulles und eines Wasserbüffels ein ganz seltsamer Mischling anzutreffen: der Herr Papa ist ein Bison, die Mama eine rostfarbene indisches Zebu. Ueber die Entwicklung dieses wider alle Sitte und Stillekeit getrenzten Viehs wird uns mitgeteilt: Am 3. Juli 1927 kam das Junge an und gleich zunächst durch einen Gebüsch geboren. Über bald setzte eine merkwürdige Umfärbung ein: das Fell wurde dunkler und immer dunkler. Lediglich an den Füßen erhielt sich ein rote Schein. In diesen Tagen vollzieht sich nun an ihm eine weitere Härtung. Sein neues Kleid wird geradezu schwärzlich. Die Hornzapfen und eine Halswamme sprechen für die Mutter. Im Benehmen freilich war das übermütige, weibliche Zwischending von jener der ganze

Himmelstündliche Abende

Das Leipziger Planetarium im Zoo veranstaltet jeden Dienstag um 20 Uhr sogenannte "Himmelstündliche Abende". Diese Veranstaltungen sollen der volkstümlichen Behandlung astronomischer Fragen dienen, und zwar in der Weise, daß vom Publikum vorher schriftlich eingerichtete Fragen im Zusammenhang eines Vortrages mit Hilfe von Lichtbildern und der anderen Apparatur des Planetariums beantwortet werden. Im Rahmen dieser Abende sollen dann später, was wir besonders begrüßen, hervorragende Vertreter aus dem Gebiet der Himmelskunde, wie Graf Arco, W. v. Schulz, Bruno Bürgel und andere sprechen. Eine Präsentation für alle Veranstaltungen ist insofern eingetreten, als jetzt Karten zu 5 M. ausgegeben werden, die zum Besuch von zehn Vorführungen des Planetariums berechtigen.

Einzelresultate von den Elternratswahlen

Schule	Liste 1 Christliche Elternvereine			Liste 2 Liste für weltliche Einheitsschule (SPD)			Liste 3 Proletarische Elternräte (KPD)			Liste 4 Weltlich- Neutrale		
	1927		1928	1927		1928	1927		1928	1927		1928
	Stimmen	Stimme	Stimmen	Stimme	Stimme	Stimme	Stimmen	Stimme	Stimmen	Stimmen	Stimme	Stimme
1	711	8	625	9	351	5	353	5	84	—	82	1
3	461	7	372	6	340	5	288	5	—	—	—	—
4	397	6	449	6	315	5	291	5	43	—	66	—
5	804	9	720	9	427	6	388	6	61	—	65	—
6	613	6	552	6	405	5	337	5	67	—	55	—
7	476	6	412	6	483	6	454	6	79	—	88	1
8	322	4	285	4	302	6	336	6	81	1	83	1
9	355	6	307	6	234	5	194	3	56	—	88	2
10	377	6	357	6	216	5	199	4	51	—	61	1
12	563	7	484	7	371	5	308	5	80	1	91	1
13	470	6	468	6	441	5	382	5	158	2	150	2
14	423	6	393	6	375	5	343	5	133	2	151	—
15	330	4	291	4	302	4	351	5	85	1	—	—
16	453	6	326	5	302	5	317	5	79	—	93	1
17	506	5	469	5	460	6	414	5	71	—	102	1
18	405	5	368	4	579	7	450	5	126	1	147	2
19	435	5	380	5	504	5	480	6	101	1	145	—
20	216	3	187	2	295	5	260	4	87	1	100	1
21	639	7	564	6	517	5	518	6	103	1	117	1
22	652	7	582	7	605	7	611	7	124	1	132	1
23	419	6	380	5	447	6	436	6	101	1	143	2
24	194	3	184	3	423	6	370	5	—	—	102	1
25	523	6	471	5	559	7	544	7	70	—	108	1
26	694	7	549	6	518	6	497	6	—	—	90	1
27	419	5	369	5	493	5	460	6	75	1	128	2
28	449	6	413	6	330	5	314	5	34	1	46	—
29	344	5	262	3	401	6	349	6	69	—	74	—
30	325	4	269	4	391	6	336	6	82	1	90	1
31	216	3	201	3	223	4	238	4	41	—	48	—
32	496	9	403	7	253	4	217	4	106	2	80	2
33	545	7	505	6	471	6	446	7	61	—	73	—
34	417	6	382	5	341	5	329	5	58	—	74	1
35	687	7	715	9	287	4	299	4	60	—	56	—
36	675	9	614	9	292	4	255	4	—	—	—	—
37	583	7	571	7	302	6	426	6	67	—	—	—
38	508	7	375	6	392	5	295	5	89	1	82	2
39	557	6	457	6	464	6	382	5	114	1	146	2
40	490	8	454	8	243	4	203	4	71	1	87	1
41	500	6	443	6	289	5	255	4	72	—	98	1
42	426	5	396	5	506	6	441	6	158	2	177	2
43	384	4	351	4	640	7	602	6	194	2	200	3
44	418	5	346	5	518	7	504	6	103	1	141	2
45	405	5	349	4	573	6	524	7	137	2	185	2
46	410	4	383	4	698	7	604	7	176	2	215	—
47	365	5	325	4	496	6	519	7	154	2	174	2
48	400	6	340	6	307	5	257	4	73	—	72	1
49	626	7	539	7	475	6	438	5	92	—	90	1
50	332	4	308	4	514	6	529	7	134	1	194	2
51	274	3	228	3	578	7	457	7	246	3	236	3
52	231	2	212	2	727	8	759	8	308	3	315	3
53	390	5	312	5	567	6	302	4	82	1	127	2
54	413	5	354	5	378	5	365	5	77	1	77	1
55	293	3	*	*	492	6	401	7	102	1	100	4
56	560	7	504	6	457	5	495	5	256	3	326	4
57	426	6	400	5	319	4	292	4	94	1	132	2
S. Sch. Nord	34	1	34	1	34	2	36	2	—	—	—	—
Zusammen	25087	310	21985	294	23292	305	21463	200	5299	46	6252	73
*) Es wurde keine Liste eingerichtet												

Unfälle in Leipzig

Zusammenstoß von Motorradfahrer und Auto. In der Neißenhainer Straße wurde am Sonntagnachmittag in der 17. Stunde ein Motorradfahrer mit seinem Wagen von einem Kraftwagen angefahren, dabei wurde die Infassung des Wagens mit dem Kopf gegen die Windschutzverkleidung geschlagen und durch die zerstörte Glasscheibe so schwer an Kopf und Händen verletzt, daß sie sofort dem nächsten Arzt zugeführt werden mußte.

Von einem Radfahrer angefahren. In der Schützenstraße wurde am Sonnabendnachmittag eine in den siebziger Jahren lebende Frau von einem Radfahrer angefahren und zu Fall gebracht. Die Frau wurde so schwer verletzt, daß sie durch die Sanitätsabteilung der Feuerwehr verbunden und ihrer Wohnung zugeführt werden mußte.

Ein Radfahrer stößt mit der Straßenbahn zusammen. Ein besonderlicher Unfall ereignete sich am Sonnabendnachmittag in der Mühlenstraße. Dort fuhr ein junger Radfahrer mit dem Straßenbahngespann der Linie 29 zusammen, dabei wurde der junge Mann so schwer verletzt, daß man ihn ins Krankenhaus bringen mußte.

Leipzig kann mit Amerika telefonieren

Wie uns vom Leipziger Fernsprechamt mitgeteilt wird, sind jetzt auch die Teilnehmer des Ortsfernzeichens Leipzig zum Sprechverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Kanada zugelassen. Die Gespräche werden zwischen London und New York auf dem Funkwellen abgewickelt. Die Gebühr für eine gewöhnliche Dreiminutenkonversation von Leipzig aus beträgt nach New York, Boston, Montreal, Quebec 207 Reichsmark, Chilago 219 Reichsmark, New Orleans 231 Reichsmark, San Francisco Vancouver und Havana aus Kuba 255 Reichsmark. Die Verbindungen werden täglich zwischen 12.30 Uhr und 1 Uhr hergestellt und sind zweimalig am Vorlage über so früh wie möglich für den Tag, an dem sie gewünscht werden, anzumelden.

Bei solchen Preisen wird es wohl nur einem sehr ausgewählten Kreis möglich sein, diese Errungenschaft der Technik zu benutzen und seine Stimme funkttelefonisch über den Ozean zu jagen.

Polizeimeldungen

Bandalismus. In der Nacht zum 3. Juni sind in mehreren Gartenabteilungen des Gartenvereins "Schwirl" an der hohen Straße in Leipzig-Neustadt von einem unbekannten Täter große Verzüge unangreifbar worden. Er hat die Schlüssele an den Gartentüren aufgedreht, die Läden aufgerissen, alles darin befindliche herausgeworfen, eine große Anzahl Obstbäume abgeschnitten, Sträucher und Apfelzweige herausgerissen und vernichtet. Die Tat dürfte aus Rache geschehen sein. Am Tatorte wurde ein Taschenmesser vorgefunden, das der Täter zu seinen Verwüstungen verwendet hat. Wer zur Ermittlung des Eigentümers und des Täters und damit des Täters und auch sonst sachdienliche Angaben machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalamt oder der nächsten Polizeistelle zu melden. Das Messer kann auch beim Kriminalamt beschlagnahmt werden.

Die Besetzung der Italien am Leben

SPD Berlin, 11. Juni. (Radio).

Um Sonntag hat der Anführer der Italia nach wiederholter Auflösung des Belegschaftsdes der Nordpolarexpedition des Generals Nobile endlich die Erkennungsnummer gefunden. Die Citta di Milano ist nach einer amtlichen Feststellung aus Rom nunmehr endgültig überzeugt, daß die aufgegangene Funkprüfung tatsächlich vom General Nobile stammen. In ihrer Meldung an das italienische Marineministerium heißt es weiter: „Jetzt wissen wir, daß alle am Leben sind und ihre Rettung nur noch eine Frage der Zeit ist.“

Aus den letzten Nachrichten geht hervor,

Sächsische Angelegenheiten

Der Bischof von Meißen regiert

Die Leipziger Neuzellen Nachrichten veröffentlichten das folgende Kundschreiben des Bischofs von Meißen:

„Wie hochwürdigen Pfarr- und Seelsorgämter werden hiermit ausgewiesen, hoffen in Religion nur noch nach dem Vesperplan für den katholischen Religionsunterricht in der Volkschule herausgegeben im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz zu unterrichten. Obwohl das Schuljahr bereits begonnen hat, ist der Unterricht dem genannten Lehrplan anzupassen. Es wird erneut die Herren Lehrer, die gleichfalls in Religion unterrichten, davon zu verständigen.“

Diese Anweisung über die Erteilung des Religionsunterrichts in Sachsen nach Beschlüssen der Fuldaer Bischofskonferenz ist selbst den Leipziger Neuzellen Nachrichten zuviel, obwohl das Blatt sonst vorsichtig reagiert. Die LNN wehrt sich gegen die Anwendung der katholischen Lehrpläne an die Lehrerschaft, die sie als Eingriff in die Rechte des Staates bezeichnen. Dabei teilt das Hakenkreuzblatt mit, dass das sächsische Volkssbildungministerium vor der Herausgabe des sächsischen Landeslehrplanes mit den katholischen geistlichen Behörden verhandelt hat. Eine vollkommene Übereinstimmung des Landeslehrplanes mit dem Vesperplan der Fuldaer Bischofskonferenz konnte allerdings nicht erzielt werden. Nach der Rechtslage müsste das Volkssbildungministerium es ablehnen, seinen Landeslehrplan von einer nicht-katholischen Institution bestimmen zu lassen.

Die katholischen Pfaffen sind also sogar bei der Ausstellung des sächsischen Landeslehrplans mit zur Beratung herangezogen worden, obwohl die katholische Kirche in Sachsen's Bevölkerung doch wahhaftig nicht viel Mitglieder hat. Ja, sie haben sogar Forderungen, in bezug auf den Landeslehrplan gestellt, die nicht einmal vom Ministerium erfüllt werden konnten, das die Pfaffen ohne jeden Anlass, also aus innerer Pfaffenfreundlichkeit, zu den Beratungen heranholte. Dem Kulturministerium geschieht es ganz recht, dass ihm der Bischof von Meißen auf der Nase herumtanzt!

Die höheren Beamten Sachsen's

In Dresden hat am 10. Juni der Landesverband der höheren Beamten Sachsen seine Jahreshauptversammlung abgehalten. Wie hoch dieser Verband in den sogenannten „maßgebenden Kreisen“ bewertet wird, geht daraus hervor, dass sowas bei der Tagung alles vertreten war, was etwas zu sagen hat oder gern etwas zu sagen haben möchte. Nun sind ja die höheren Beamten Sachsen's hinreichend bekannt durch ihren reaktionären Widerstand gegen jeden Fortschritt. Wie haben diese Herren doch in Entstehung gebracht, als durch die sozialistischen Minister in die sächsische Bureaucratie ein paar Rücksädemiker in verantwortliche Verwaltungsstellen gesetzt wurden. Das war vor 8 bis 10 Jahren — und ist heute noch so! Derselbe Kastendunkel, dieselbe Überheblichkeit, die gleiche Vorurtheil!

Ein paar glatte, allgemeine Redensarten, die zu nichts verpflichten, ein paar Gemeinsätze über die Notwendigkeit von Reformen, aber im gleichen Atemzug die dringende Mahnung zum „Vorsicht bei einer Reform“. Das ist der Geist, der dort lebendig ist. Vor diesem Geist findet nicht einmal der sächsische Innenminister Apell hande, der gewiss kein Stürmer, aber doch immerhin ehrlich bemüht ist, die Verwaltungsreform wenigstens ein Stück vorwärtszubringen. Der Welt sprach ein paar Sätze zur Begründung: Anerkennung für die höhere Beamtenchaft, aber auch — gegenüber bestigen Angrißen aus der Hochpreis der höheren Beamten — ein paar feindselige Worte. So: „Wie die höhere Beamtenfaktion muss kritisieren und Reformvorschläge erbringen!“ Das Echo war eliges Schweigen! Kalte Ablehnung!

Um so lebendiger wurde diese erlauchte Versammlung, als der Senatspräsident Spiegelstiel, der Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten, erklärte: „Unter keinen Umständen darf an der akademischen Vorbildung der höheren Beamten gerüttelt werden!“ Da rauschte der Vorsitz! Interessant war, dass dieser Senatspräsident zugab, dass die höheren Beamten bei der Verwaltungsfreiform im allgemeinen nicht schlecht abgeschnitten haben!

Der Fortschritt wird sich ja auch in der Verwaltung auf die Dauer nicht aufhalten lassen, aber auf die Mithilfe dieser höheren Beamten darf dabei nicht gerechnet werden. Sonst geht's schief!

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die bisher beobachtete Entwicklungstendenz hat sich auch in der Woche nach Pfingsten nicht geändert. Das Gesamtangebot an Arbeitskräften hat weiter langsam abgenommen, da in der Landwirtschaft, im Bauwesen und in den jüngsten Aufzählerwerken, zum Teil auch auf dem Arbeitsmarkt der Ungelehrten, der Bedarf an Arbeitskräften anhielt. Auch in der Metallindustrie ist mit Ausnahme einiger Branchen, zum Beispiel der Fahrzeugindustrie, die Nachfrage nach Arbeitskräften noch lebhaft; hier ist allerdings das Angebot, abgesehen von einigen Arten von Spezialkräften, insgesamt noch so hoch, dass Schwierigkeiten in der Belegschaft nicht bestehen. Im Holzgewerbe, in der papierverarbeitenden Industrie, im graphischen Gewerbe und im Nahrungsmittelgewerbe ist die Bewegung geringfügig; örtliche und branchenmäßige Verschiebungen — hier ein Nachlassen des Bedarfs, dort eine Beliebung der Nachfrage — ändern das Gesamtverhältnis von Angebot und Nachfrage kaum. Eindeutig stellt sich dagegen auch weiterhin im Gastwirtschafts- und im Kleidergewerbe die Lage dar, wo das Angebot durch ein Anhalten bestrebendem Bedarfs insgesamt zurückgeht, zum Teil sogar zeitweise fühlbar knapp wird. In der Textilindustrie ist im Gegenzug hierzu das Angebot, insbesondere an weiblichen Kräften, weiter angestiegen. Mehr oder weniger tragen alle Branchen nun wie vor über das Nachlassen der Nachfrage, das nicht nur saisonbedingt ist, sondern zum Teil auf einen Schwund der Industriekaufkraft zurückgeht. Am stärksten betroffen scheint hierzu die Baumwoll- und Baumwollabsatzindustrie zu sein. Ähnliches gilt für das Bekleidungs-Gewerbe. Sowohl im Schuh- und Schuhmachergewerbe als auch in der Schuh- und Hutmühle traten Ab schwächungen im Beschäftigungsgrad deutlich in einem Zurücktreten von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt gutzugehen. Zum Teil liegen hier allerdings reine Saisoninflüsse zugrunde, die alljährlich in der Zeit nach Pfingsten eingetreten pflegen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge ist vom 15. April bis 15. Mai um 17.855 auf insgesamt 71.298 Unterstützte

zurükgegangen. Der Rückgang trat jedoch fast ausschließlich auf der Seite der männlichen Unterstützten ein. Die Zahl der weiblichen Unterstützten ist in diesem Zeitraum um 21.81 gestiegen.

Am 15. Mai 1927 waren insgesamt noch 84.252 Unterstützte gezählt worden, nachdem in der gleichen Zeit eine Abnahme um 19.643 stattgefunden hat. Aus dem Vergleich dieser Zahlen wird ersichtlich, dass die Arbeitsmarktbewegung in diesem Jahre zähflüssiger ist, zumal auch nicht außer acht gelassen werden darf, dass der Anteil der Ausgesteuerten an der Abnahme zurzeit recht erheblich ist. Gemessen an der in diesem Jahr eingetretene Verschiebung des Verhältnisses der Zahl der männlichen Unterstützten zur Gesamtzahl. In diesem Jahr waren am 15. Mai rund 30 v. H. der Unterstützten weibliche, im Vorjahr dagegen nur 20 v. H.

Dresden im Zeichen des Konsumvereins

ESD 20.000 Männer, Frauen und Kinder demonstrierten am Sonntag aus Anlass des vierjährigen Bestehens des Konsumvereins „Vorwärts“ Dresden für die genossenschaftliche Idee. Viele Tausende lärmten schon Stunden vor Beginn des Festzuges die Straßen der Stadt. Neben 40 vorbildlich ausgestaltete Festwagen zeigten die Entwicklung des Konsumvereins „Vorwärts“ von seiner Entstehung im Jahre 1888 bis zur Gegenwart. Von 338 Verbrauchern im Jahre 1888 stieg die Zahl derselben bis heute auf 250.000.

Der Zug, in dem die vielseitigen Genossenschaftserzeugnisse bildhaft dargestellt wurden, erregte die lebhafte Bewunderung der Zuschauer. Er bewegte sich durch die Straßen der inneren Stadt nach der Jahreshau „Die technische Stadt“, um damit zum Ausdruck zu bringen, in welch enger innerer Verbindung die Genossenschaftsidee mit der modernen Großstadt steht.

Für Vereinfachung der Forstverwaltung

Der Ausschuss B des Sächsischen Landtages behandelt am 6. Juni den Forststaat. Man hätte erwarten können, dass die Regierung auf Grund der Schlesischen Denkschrift zur Verwaltungsfreiform in der Etatvorlage wenigstens den Versuch gemacht hätte, in der Forstverwaltung den Anfang zu machen. Das wäre deshalb leicht gewesen, weil die Forstverwaltung außerhalb der allgemeinen Verwaltung steht und deshalb gesondert erledigt werden kann. Die Regierung glaubt aber, in dem Forstwirken weiterkommen zu können, und hat nur da und dort einige Veränderungen vorgenommen. Die Tatsache, dass der prozentuale Anteil der Ausgaben fortwährend im Steigen begriffen ist, veranlasste die Sozialdemokratie, darauf hinzuweisen, dass die Verhöhung von Forstämtern nach wirtschaftlich zweckmäßigen Gesichtspunkten leicht durchzuführen wäre und dass besonders die Forststellen durch Forstwarte erfüllt werden können, so dass der Verwaltungsbetrieb billiger wird. Ebenso wäre es leicht möglich, von den 7 bestehenden Forstklassen einen Teil zu streichen. Um hier die nötige Vorarbeit zu leisten, hat die sozialdemokratische Fraktion beantragt, dass die Regierung eine Denkschrift zur Vereinfachung der Forstverwaltung unterbreiten solle. Dieser Antrag fand einstimmig Annahme.

Ein jugendlicher Räuber

In einem Dresdner Hotel war am 11. Mai auf die Sängerin Rajdi-Destwig aus Berlin, die in der Stadtoper in der „Legotischen Helena“ die Partie der Althra spielt, spät abends in ihrem Hotelzimmer, das sie mit ihrem 11jährigen Sohn bewohnte, ein Raubüberfall verübt worden, wobei dem Täter allerdings nichts in die Hände fiel. Der Tatort, der sich eine Geschäftsstube angezeigt hatte, ergab auf die Hilferufe des Sohnes der Überfallen die Flucht, trotzdem aber tags darauf festgestellt werden. Es war der 19jährige Hotelpage Kieger, der jetzt vom Schöffengericht in Dresden wegen versuchter räuberischer Erpressung unter Anklage stand. Umso mehr verurteilte die Kasse bestreitlich, den Umfang der Kontrolluntersuchungen auf das Notwendigste zu beschränken und im übrigen auf Vermeldung unbilliger Werte legte.

Über die Leistungen der Kasse, die Beziehungen zu Apotheken, das Verhältnis zu den Verzehren und Bahnräten sowie verschiedene andere Dinge gibt der Bericht ebenfalls Aufschluss. Eine Angabe von Einzelheiten muss natürlich aus Raumangriff in der Presse unterbleiben. Es sollen aber zum Schluss noch einige Ausführungen zum Rechnungsausschluss gemacht werden. Die Einnahme betrug insgesamt 2.210.357,75 Mark, den wesentlichen Teil der Einnahme bilden die Beiträge der Mitglieder, 2.170.632,88 Mark. Die Beitragseinnahme aus der Pflichtversicherung macht 82,92 Prozent der Gesamteinahme aus und ergibt auf ein Mitglied im Gesamtdurchschnitt 79,73 Mark; die Beitragseinnahme aus der Versicherungsberechtigung ergibt 5,62 Prozent der Gesamteinahme und 4,82 Mark auf ein Mitglied.

Dass die beträchtliche Einnahmesumme durch gewaltige Ausgaben dezimiert wird, soll durch Anführung folgender Zahlen erwiesen werden: Die Krankenbehandlung erforderte 515.263,57 Mark.

Die Arznei- und Heilmittel 200.189,12 Mark, die Krankenhauspflege inklusive Genesendenfürsorge 279.774,79 Mark, das Krankengeld 730.778,17 Mark, die Wochenhilfe 129.118,28 Mark. Der gesamte Verwaltungsaufwand verzögerte den Betrag von 193.539,12 Mark, das sind 8,1 Prozent der Gesamtausgaben. Die Vermögensnachweisung ergibt für Ende des Jahres 1927 ein Gesamtvermögen von 600.234,72 Mark, d. h. auf den Kopf eines Mitgliedes 25,95 Mark. Die Rücklage betrug Ende des Jahres 1927 390.120,30 Mark, auf den Kopf des Versicherten 15,20 Mark. Mit dieser Rücklage hat die Kasse die geleisteten Verpflichtungen, jährlich 1/12 der Beitragseinnahme der Rücklage auszuführen, für die gesamte Zeit der Jahre 1924 bis 1927 erfüllt. Ob im Jahre 1928 Beiträge im vorhergehenden Umfang der Rücklage zugeführt werden können, darf zweifelhaft, zumal die Höhe der Ausgabe angesichts der in letzter Zeit gestiegenen Ansprüche im laufenden Geschäftsjahr nicht abzusehen ist.

Ergebnisse der Elternratswahl

weltlich christlich

Gaußl	5	4
Martinsstadt	7	5
Lindenhal	5	4
Döbisch	9	0
Liebertwolkwitz	8	4
Großdeuden	2	8
Wiederitzsch	7	2
Stahmeln	6	0
Böhmischeschönberg	6	3
Markkleeberg	5	4

GeG - Typholordin und Zümmowien

Obergabe nun an Mitglieder! um - yu - moßigmuund - zunibonet auf den Sonnunonen